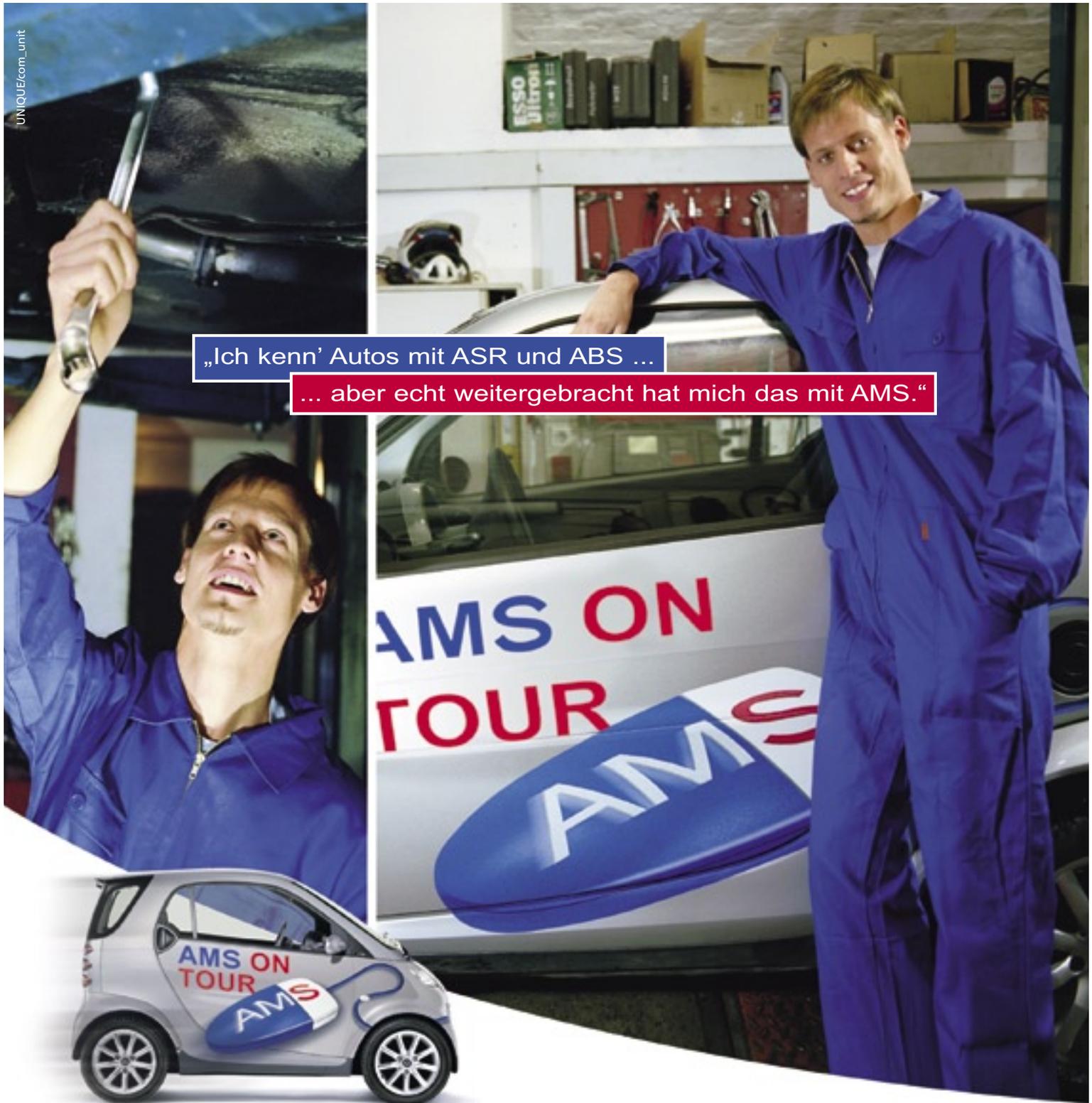


Republik, Ortstafeln, Partizipation, Bildungsschere, öffentlicher Raum, Kommerzialisierung,  
Drogenmarkt, Ausländerkiste, alles für die Wurst, Ausschluss, Demokratie;

Die Jubelnummer.

# MOMENT#1





UNIQUE/com\_unit

„Ich kenn’ Autos mit ASR und ABS ...

... aber echt weitergebracht hat mich das mit AMS.“

**Was wir für Sie tun können:** Die MitarbeiterInnen des AMS sind laufend für Sie on Tour um Kontakte zu Unternehmen zu knüpfen und offene Stellen zu akquirieren. Das kommt nicht nur den Unternehmen sondern auch den Arbeitssuchenden zu Gute. Denn so stehen Ihnen schneller wieder alle Türen am Arbeitsmarkt offen. Infos unter [www.ams.at](http://www.ams.at) oder **0800 500 150**.

**Verlieren Sie keine Zeit.**



**Ihr ArbeitsMarktService**

# #1,

→ Zeit zu bekennen. Wir fangen an. Identität ist eine Baustelle. Wer nicht reflektiert, der hat schon eine. Michikazu Matsune – der Mann am Cover – befreit sich ein Stück weit davon. Der Themenschwerpunkt unserer *Jubelnummer* ist der Zustand der Republik. Eine Baustelle, die die Baukonzerne neidig werden lässt, wie wir in unserem Leitartikel analysiert haben. Martin Schenk hat die *Ausländerkiste* aufgemacht und beschäftigt sich mit der Verteilung von Bildungschancen. Andere Dinge werden auch verteilt: Steuergeld etwa. Attac will *Fair Steuern* und hat uns erklärt, warum jetzt Demos für Steuern angesagt sind. Vom Süden haben wir nichts Neues zu berichten: Ein Abwehrkämpferdenkmal in jedem Kuhdorf, ausreichende zweisprachige Ortstafeln seit 50 Jahren nicht. Wir haben Orte des Ausschlusses aufgesucht und PassantInnen wieder eine *Gute Frage* gestellt. Manche sind voll dabei, andere weniger. Manche bekommen auch die Chance, dabei zu sein: In Brasilien etwa, wie Eva Bachinger, die sich im Heft mit Bürgerbeteiligungsprojekten beschäftigt, herausgefunden hat. Uns geht es um die Wurst, Ben um 30 Familienmitglieder in Nigeria, die er mit Drogengeldern am Leben erhält. Andreas Görg jagt *den Professor* und Christian Pape kämpft mit Erinnerungslücken der Bundesregierung. Christof Nardin hat übrigens auch welche: Deshalb hat er vergessen zu bekennen, dass er uns – obwohl er einer der feinsten GestalterInnen ist – mitreden lässt. Andere Bekenntnisse haben wir schon zu bieten: In diesem Heft distanzieren sich EuropäerInnen, KatholikInnen, Gewalttätige und Wirtschaftstreibende von *Ihresgleichen*. Sind Sie dabei! Zeit zu bekennen. Anregungen auf Seite

Mir bleibt mich zu bedanken: Bei der MOMENT-Redaktion für Geduld und Hingabe, bei den AutorInnen dieser Ausgabe für die spannenden Beiträge, bei der Tageszeitung *Die Presse* fürs Beilegen und bei der *Bunten Zeitung* für die Straßenkolportage dieses MOMENTS!

Wir wären also schon wieder so weit. Jetzt liegt es wieder einmal an Ihnen. Falls Sie momentan das Bedürfnis haben, unsere Gazette für Menschenrechte wieder zu lesen, freuen wir uns über Ihr Förderabo → [info@moment.or.at](mailto:info@moment.or.at) oder durch den beiliegenden Erlagschein. Über Kritik, Anregungen und Lob freuen wir uns übrigens auch: Schreiben Sie uns Ihre Meinung!

Spannende *Momente* wünscht  
Lea Friessner

MOMENT-Redaktion c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15, 1070 Wien, T +43.1.524 99 00, F +43.1.524 99 00-9, [redaktion@moment.or.at](mailto:redaktion@moment.or.at), [www.moment.or.at](http://www.moment.or.at);  
Redaktion Lea Friessner (Leitung), Andreas Görg, Kramar, Christof Nardin, Marcell Nimführ, Christian Pape, Philipp Sonderegger; Assistenz Michaela Konrath;  
Gestaltung Christof Nardin; Fotoredaktion Kramar, Christof Nardin, Marcell Nimführ; Lektorat Thomas Just; Repro und Druck Luigard GmbH, 1150 Wien;  
AutorInnen dieser Ausgabe Daniel Astner, Eva M. Bachinger, Bernd-Christian Funk, Marco Liberda, Eva Nussbaumer, Martin Schenk;  
Herausgeberin SOS Mitmensch, Postfach 220, 1070 Wien, T +43.1.524 99 00, F +43.1.524 99 00-9, [office@sosmitmensch.at](mailto:office@sosmitmensch.at), [www.sosmitmensch.at](http://www.sosmitmensch.at);  
Spenden PSK 60000 Kto 91.000.590

Offenlegung: MOMENT versteht sich als Medium von SOS Mitmensch gegen Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte, Demokratie und Migration. Publikationsbedingungen: AutorInnen und FotografInnen arbeiten ohne Honorar. Sämtliche Rechte für die Wiedergabe von Textbeiträgen in anderen Medien liegen bei der Herausgeberin. Der Nachdruck der Beiträge ist bei Nennung der Quelle und Übersendung von Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht. Die Rechte der Fotografien liegen bei den UrheberInnen.

Danke: Erwin K. Bauer, Ute Bock, Matthias Fichtinger, Elke Heinzl, Erwin Huemer, Thomas Just, Marco Liberda, Michikazu Matsune, SAPA, den KolporteurInnen der Bunte;



	Editorial, Impressum	3
	Reaktionen zur #0	6
	Neulich in der U-Bahn --- <i>Daniel Astner</i>	8
<b>THEMA</b>	Erinnern/Erinnert	10
	Geschlossene Veranstaltung Demokratie oder Tirolerhut --- <i>Lea Friessner, P. Sonderegger</i>	12
	Sind Sie dabei? Gute Frage	16
	Der Wille zählt Ein Streifzug durch verengte Orte --- <i>Christian Pape, Philipp Sonderegger</i>	18
	Der Staat, das Volk und die Marie Partizipative Budgets --- <i>Eva M. Bachinger</i>	22
	Wessen Wurst Die Heftmitte --- <i>Marcell Nimföhr</i>	24
	Wer die falschen Fragen stellt, ... Wissenschaft und Polizei --- <i>Andreas Görg</i>	26
	Märchen-Stoff Der österreichische Drogenmarkt und seine MedienpartnerInnen --- <i>Lea Friessner</i>	27
	Konzern-Portiere retten Sozialstaat Ein Interview mit Attac über <i>Fair Steuern</i>	28
<b>KOMMENTIERT</b>	Šmerzgrenze Symbolische Politik an der Drau --- <i>Lea Friessner</i>	30
	Kein Kind beschämen! Ausländerkiste in der Bildunganstalt --- <i>Martin Schenk</i>	32
	Festgeschrieben Jubel, Trubel, Heiterkeit --- <i>Christian Pape</i>	34
	Medienschelte Offener Brief an Peter Rabl, Kurier --- <i>Lea Friessner</i>	35
	Kekse mit Prokop Über ein Asylschwätzchen --- <i>Philipp Sonderegger</i>	35
	BekennerInnenbriefe Mit Anleitung zum selber Tun	36
	Shaking News	38
<b>ENGAGEMENT</b>	Wer wie was SOS Mitmensch	40
	Aus dem Vereinsleben	41
	Rätsel Mit Vermögenszuwachs für GewinnerInnen	43
	4× umsetzen, bitte!	44
	Andere über uns --- <i>Bernd-Christian Funk</i>	46

# #1



# Die Umwelt hat in Wien Zukunft.



**KOMMENDE GENERATIONEN AUF DER ÜBERHOLSPUR.** Was für uns Nachhaltigkeit heißt, ist leicht erklärt: Das Bekenntnis, mit unseren Infrastruktur-Dienstleistungen die bestmögliche Lebensqualität sowie eine

intakte Umwelt im Wien der Zukunft sicherzustellen. Was wir bereits heute für mehr Mobilität und ökologische Energieerzeugung tun, wird auch morgen für große Freude sorgen. Mehr Informationen über die Zukunft unter [www.wienerstadtwerke.at](http://www.wienerstadtwerke.at)

DIE ZUKUNFT KANN KOMMEN.  
**WIENER STADTWERKE**

WIENER ENERGIE | WIENER LINIEN | BESTATTUNG WIEN | BAW

# Reaktionen

zur #0; an MOMENT-Redaktion, Zollergasse 15, 1070 Wien, → [reaktion@moment.or.at](mailto:reaktion@moment.or.at)

## Menschenrecht+1

Hallo! Will zur sehr sehr guten Zeitung gratulieren! War wahrlich ein Genuss, einen Tag nach Rücktritt des Herrn Strassers, also Tag der Menschenrechte+1, diese Zeitung im Standard zu finden. Freu mich aufs Wiederlesen!

Daniela Pamminger, Internet

## Strich in der Rechnung

Der Innenminister hat ihnen einen Strich durch die Rechnung gemacht: An dem Tag, an dem SOS Mitmensch ihr Magazin präsentierte, nahm Ernst Strasser seinen Hut. Dabei ist der Exinnenminister Hauptzielscheibe des neuen Menschenrechtsmagazins, für das unter anderem Corinna Milborn vom *Format*, Christine Lugmayr von der *Presse* und Nina Horacek vom *Falter* Beiträge verfasst haben. Auch wenn Strasser weg ist, das Heft samt Reportagen über Scheinehen, schwarze Frauen in Wien und Alltagsgeschichten von Asylwerbern bleibt trotzdem lesenswert.

„Falter“ – Stadtzeitung Wien, 51/04

## Über Bekenntnisse

zu: *Mehr oder Minder*, von Amina Baghajati, MOMENT#0.

Mit großem Interesse habe ich ihren Artikel im MOMENT gelesen. Ich bin sehr wohl ihrer Meinung, dass Minderheiten nicht einfach ignoriert werden dürfen. Für Österreich stellen Sie eine stiefmütterliche Behandlung fest und eine eigennützige Mentalität nach dem Motto: Österreicher zuerst. Statt

dessen sprechen Sie von gegenseitiger Bereicherung, von Integration und Partizipation von allen Seiten, was Muslime zu ihrem Leitmotiv erhoben haben. Dazu müssen Klischees und Vorurteile gegenüber der Religionszugehörigkeit überwunden werden. Schön! Ich bin Christin und habe fünf Jahre in einem muslimischen Land gelebt. Wenn Muslime die Forderungen, die sie für sich selbst aufstellen, sobald sie Minderheiten sind, auch dann gelten lassen würden, wenn Muslime die Mehrheit stellen, aber Christen oder Andersgläubige Minderheiten sind, dann, ja dann, wären sie überzeugend mit der Argumentation von „gegenseitiger Bereicherung“, und damit, dass sich eine Mehrheitsgesellschaft von Minderheiten durchaus etwas abschauen kann. (...) Für Sie ist es selbstverständlich, dass Sie Kopftuch tragen, weil es zu Ihrer Religion gehört. Es ist aber keineswegs nur ein Kleidungsstück, das zum Schmuck getragen wird oder vor Kälte oder Hitze schützt. Eine Frau, die Kopftuch trägt, bekennt damit ihre Unterwürfigkeit unter die Gesetze des Koran, sprich: ein Mann darf bis zu vier Frauen heiraten, ein Mann darf seine Ehefrau züchtigen, ein Mann darf sich einfach von der Frau scheiden, ein Mann hat Besitzanspruch auf die gemeinsamen Kinder, die Zeugenaussage einer Frau gilt weniger als die des Mannes, die Frau ist nicht voll erbberechtigt ... Ist das wirklich eine Bereicherung für unsere Gesellschaft? Eine Freundin von mir ist Christin und war 40 Jahre mit einem lieben moslemischen Mann verheiratet. Als er nach 40 Jahren Ehe starb und die Frau das

gemeinsam geschaffene Vermögen erben wollte, sagte man ihr, dass Christen nicht erbberechtigt sind! Ich bitte Sie, wenn Sie wirklich möchten, dass Minderheiten besser gestellt werden, beginnen Sie auf die Regierungen der moslemischen Länder einzuwirken! Toleranz sollte immer auf beiden Seiten gezeigt werden. Nur wenn Moslems sich auch gegenüber Christen und Andersgläubigen öffnen, können sie glaubwürdig werden! Leider bewegt sich in moslemische Staaten gar nichts! So sehe ich die Partizipation der Moslems bei uns sehr problematisch! Selbst wenn Moslems sich zu Demokratie und Pluralismus bekennen, sagt der Koran doch etwas anderes. Da das Wort Gottes aber unumstößlich ist, können alle menschlichen Erkenntnisse außer Kraft gesetzt werden, oder? Warum also sollte der Westen seine Kultur und seine Errungenschaften nicht schützen vor Ideen, die antidemokratisch und unchristlich sind? Die Vielfalt als Segen, die sie ansprechen, habe ich nie in Bezug auf Nicht-islamisches erlebt, sondern immer nur auf eine Diversität innerhalb der engen Grenzen des Islam! Ich bitte Sie, auf Ihre eigenen Glaubensgenossen und Regierungen einzuwirken, um ein echtes Miteinander zuwege zu bringen.

Ich wünsche Ihnen Menschen in Österreich, die Ihnen so begegnen, dass Sie sich nicht ausgegrenzt fühlen!

Paula Mairhofer

→ Wie auch dieser Nummer zu entnehmen ist (Seite 36, *Bekennner-Innenbriefe*), halten wir nicht viel von religiöser oder ethnischer Sippenhaftung. Wieso wird Frau Bag-

hajatis Engagement in Österreich delegitimiert, indem ihr Länder mit noch größeren Problemen bei Menschenrechtsfragen vorgehalten werden? Bei allen antidemokratischen, besser unemanzipativen Erscheinungen, die Religionen mit sich bringen: Es gibt einen aufgeklärten Islam, der wie ein aufgeklärtes Christentum mit Demokratie und Rechtsstaat vereinbar ist. Eine Religion als essentiell antidemokratisch zu bezeichnen ist genau so falsch wie das Gegenteil.

Die Redaktion

## Gleiches mit Gleichem

zu: *Norwegervoraus*, MOMENT#0.

Nachdem ich gerade im MOMENT (zeitlich wie zeitungstechnisch) Ihre Anzeige zum Wettbewerb „Norwegervoraus“ entdeckt habe, möchte ich ihnen ein paar Gedanken dazu zukommen lassen. Der *Norweger* ist wirklich das, was vermutlich als Ziel hinter dieser Aktion steht: ein Integrationselement. Er bringt zum Schmunzeln, er ist nicht nur das witzigere, sondern auch das kreativere, intelligentere, liebe- und respektvollere Statement – Hinter diesem Graffiti steht ein imaginärer Mensch, der als *Integrationsfigur* und *Vorbild* oder *-graffiti* stehen kann. Denn Humor und ein liebevoller, aufmerksamer, menschenfreundlicher Umgang mit allen Menschen verbinden, schaffen eine Umwelt, die l(i)ebenswert erscheint. Was aber soll die Abbildung solch geistloser wie aggressiver Gegenpropaganda wie „Tötet Nazis“ oder „Wixer raus“? Ein Beweis der guten alten Newtonschen Erkenntnis der Kraft gleich Gegenkraft? Ein alt-

testamentarisch bewährtes „Gleiches mit Gleichem vergelten“? Ein pubertärpolitisches Kräftemessen? Hinter all diesen Aussagen steht ein ebenso *rassistisches*, verachtendes und respektloses Menschenbild wie hinter den ursprünglichen Graffitis. Daher finde ich es sehr schade, dass eine solche gut gemeinte und engagierte Chance und Gelegenheit (unbedacht?) genutzt wird, um diesen gegenseitigen Hasstiraden, dieser destruktiven wie sinnlosen Form der Kommunikation, eine weitere Plattform zu bieten. Letztlich sind Hass und Aggression sicher keine sehr integrativen Emotionen und keine Basis eines guten Dialogs, einer menschenfreundlicheren und Rassismus-vermeidenden Atmosphäre. Ich wünsche ihnen viele humorvolle, intelligente und Menschen-respektierende Beiträge und werde selbst die Augen in jeder Hinsicht offen halten ...

**Britta Steinhagen**

---

## Unnachgiebig

SOS Mitmensch wär dann so weit. Für eine eigene Zeitschrift. Zumindest steht es so im Editorial als Motto. Und wir sind dann auch so weit, unseren Hut vor der gelungenen Erstausgabe von MOMENT zu ziehen. Tolles Layout und politische Unnachgiebigkeit zeichnen MOMENT aus.

**Hin und Her, Magazin der Caritas Ausländerhilfe**



*Tabou Faustin in einer U3-Station hat einige von 10000 Stück unserer MOMENT-Nullnummer an LeserInnen gebracht. Herzlichen Dank an alle Bunte-KolporteurInnen! Foto: Kramar*

# Neulich in der U-Bahn ...

Dieser Satz ist vorgegeben, alles andere steht frei. Die beste Kolumne wird an dieser Stelle abgedruckt. Wir freuen uns über Einsendungen an → [underground@moment.or.at](mailto:underground@moment.or.at)

Text **Daniel Astner**

→ Neulich in der U-Bahn. Ein freier Sitzplatz löst tief empfundene Dankbarkeit aus, Koffein und Nikotin zerrn und schaben an meinen Blutgefäßen. Mir gegenüber sitzen zwei von künstlicher Sonne gebräunte Businessstypen, mit denen sie als solche charakterisierenden Utensilien. Anzug, Krawatte, Aktentaschen in dunklen Komplementärfarben, Laptop, an die Hand geschweißte Kommunikationsgeräte. Die Frau mit dem schwarzen Kopftuch neben mir hält ihren Plastiksack mit den Einkäufen wie ein Neugeborenes in den Armen, eine Handvoll Touristen steht im Mittelgang über Stadtplänen von der Größe von Tischtüchern brütend. *Pilgramgasse. Kettenbrückengasse.*

Vorbei an den hastig aufgeklebten Botschaften der Weltverbesserer. Werbeplakate. Eine nackte Frau lächelt mich verführerisch an, dann ist sie weg. Eine alte Frau schlurft durch den Zug, die dunklen Augen verschwiegen wie die eines Preisboxers, sie bettelt um Kleingeld, der hölzerne Rosenkranz baumelt in der Umarmung ihrer runzligen, bitrenden Hand im gleichen Rhythmus der orangen Haltegriffe über unseren Köpfen. Manche schauen betreten zu Boden, andere symbolisieren mit automatisierten Bewegungen das schlimmste und vertrauteste Wort für arme Menschen: Nein. *Karlsplatz.* Umsteigen.

Ich haste durchs Gewühl, tänzle um Leute mit weniger Eile herum, Treppe runter, Treppe rauf. Ein Straßenmusiker mit buschigen Schnurrbart kratzt melancholische Töne auf der Geige, lacht und nickt jeden wohlwollend zu.

Mit brausendem Getöse kündigt sich meine U-Bahn an, ich stürze die letzten Stufen der Rolltreppe hinunter wie Dr. Kimble auf der Flucht, schlüpfe durch den sich schließenden Türspalt, wieder mal geschafft, vielleicht komme ich heute mal pünktlich. Der Typ dort sieht aus wie ein Kontrolleur, alle Alarmglocken klingeln, egal, dort ein Sitzplatz, ich quetsche mich zwischen zwei Afrikaner, atme durch.

Der melodische Singsang ihrer Sprache und ihres Lachens lullt mich ein, bin versucht die Augen zu schließen, nur einen kurzen Moment der Realität abzutrotzen, doch weiß ich in wenigen Minuten bin ich wieder in der chaotischen Welt der Mittagsmenüs, Cappuchinos, in der Gläser und Teller klappernden Subkultur der Gastronomie. *Schwedenplatz.*

Zwei oder drei Dutzend Kinder mit Schultaschen, groß wie LKW-Reifen, lärmen herein, dazwischen Lehrerinnen die nervöse Gelassenheit von Raubtierbändigern ausstrahlend, versucht die aufgedrehte, wirbelnde Menge zusammenzuhalten. Praterstern. Und weg sind sie wieder. Es fällt auf, dass immer mehr Menschen Knöpfe in den Ohren tragen, irgendwo versteckt am Körper lesen lasergebrannte CD's oder MP3 Dateien, Musik für beide Ohren, abgeschottet

wie von einer unsichtbaren Wand, geschützt gegen jeglichen Kommunikationsversuch. Alle wie sie da sitzen oder stehen und mit den konvulsivischen Bewegungen des Zuges ruckeln, scheinen irgendwie nervös zu sein, Augen huschen hin und her, wie kleine Tiere in kleinen Drahtkäfigen, jeder froh wenn er wieder draußen ist aus dieser zusammengewürfelten Masse Mensch, bei Arbeit oder Müßiggang. Niemand sagt ein Wort, spricht, außer mit seinem Handy, bis auf die drei Betrunkenen, die durch die weiße Magie des Alkohols gesprächig geworden sind, auch wenn ihre Sprache seltsam zerhackt, gedehnt rüberkommt, wie eine verzerrte Botschaft nach der langen Reise durch interstellaren Raum. Dort steigt eine Dame einer anderen, die ihr Klon sein könnte, auf die Füße, gegenseitige Entschuldigungstafetten, jede ist bemüht, jeglichen Ärger im Keim zu ersticken. War das schon immer so?, sinniere ich. Gedanken ziehen auf, zischen an meinem Ich vorbei wie die Pfeile von entschlossenen Bogenschützen. Fehlt uns eine natürliche Freude im stoisch solipsistischen Weltbild des narzistischen Mitteleuropäers? Oder die Unbefangenheit von Kindern? Werden wir durch die Mühlen der staatlichen Erziehung gescheucht, um am Ende stets ängstlich zu sein?

Ein Pärchen steigt ein, er groß gewachsen, schlacksig, lange Kotletten wie ein Wanderprediger, sie dunkelhaarig, zierlich, ihr knackiges Hinterteil vom festen Griff der Jeans gepackt.

Es knistert zwischen Mann und Frau, eine lodernde Flamme der Leidenschaft, da eine sanfte Berührung, dort ein Blick mit der Intensität eines vierzehnschüssigen Saluts. Worte sprudeln aus den beiden, tremolierend von konspirativ flüsternd bis zu augenzwinkernd laut gespielter Empörung, die in ihrem hellen, befreiend fröhlichen Lachen gipfelt, in das er unregelmäßig gackernd einfällt. *Kaisermühlen. Vienna International Center.*

Grinsend steige ich aus, berührt vom Zauber, der die Liebenden umgibt, hinweggewaschen sind die trüben Gedanken. Es liegt so viel Hoffnung in dieser Macht, eine Macht, unmöglich zu verbieten, von Grenzen fernzuhalten oder zu versteuern, das ist es was uns zu Menschen macht, in stiller Übereinkunft eint und nicht von einander unterscheidet. Festen Schrittes gehe ich voran, Kieselsteine knirschen unter meinen Sohlen. Der Himmel ist noch immer grau, doch dahinter strahlt in kraftvoller Zuversicht die Sonne.

Ich kann sie spüren. -----



BLEND

POOLBAR

KONZERTE

CAKE

02 JUL BIS 14 AUG

TICKETS

DJS

CALEXICO

TGL AB 18 UHR

A: POOLBAR / POOLCAR /

FILM

(JON SPENCER)

MUSIK UND KULTUR

VORARLBERGER SPARKASSEN,

THEATER

BLUES EXPLOSION

VON NISCHEN BIS POP

WWW.SPARK7.COM /

KUNST

NAKED LUNCH

ALTES HALLENBAD

BANK AUSTRIA-CREDITANSTALT,

ARCHITEKTUR

SUCH A SURGE

IM REICHENFELD

T 05050515, WWW.MEGACARD.AT /

MODE

TRIO EXKLUSIV

FELDKIRCH, AUSTRIA

DORNBIRN TOURISMUS /

13 & GOD

ATO-NET / TRAFIK-NET /

BLACKMAIL

*www.poolbar.at*

MUSIKLADEN FK, BREGENZ,

SLUT

RANKWEIL, T 05522 41000,

MADSEN

WWW.MUSIKLADEN.COM

BAUCHKLANG

KANTE

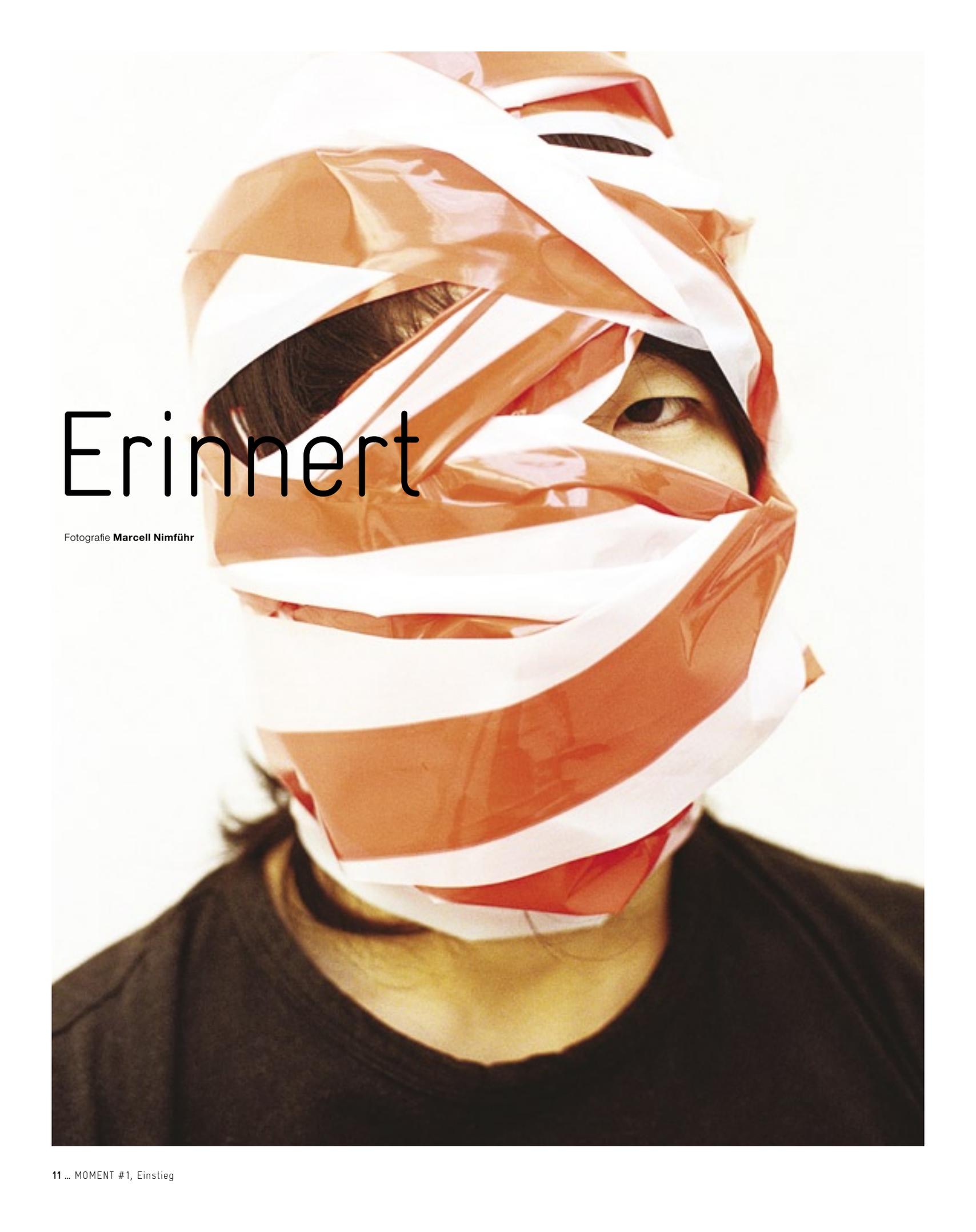
ZITA SWOON

*u.v.a.*



# Erinnern

→ EU-Mitgliedschaft (10), Bombenterror Oberwart (10), Albert Einstein (100), Befreiung vom nationalsozialistischen Regime (60), Musikverein Fischen (175), ÖGB (60), Friedrich Schiller (200), Wolfgang Schüssel (60), Frankfurter Würstel (200), Citroën DS (50), Staatsvertrag (50), österreichisches Fernsehen (50), Menschenrechtserklärung (57), Rolling Stones (60), Gegenschwarzblau (5), DNA-Struktur (52), Lufthansa (50), Ortstafelsturm (33), Ernst Kirchweger (40), Brockhaus (200), Indymedia (6), Mount-Everest-Besteigung (52), Rainer Werner Fassbinder (60), Erika Weinzierl (80), Frauenstudium in Österreich (127), Las Vegas (100)



# Erinnert

Fotografie **Marcell Nimführ**

Diese Ausgabe von MOMENT ist dem Zustand der Republik gewidmet. Ein Beitrag zur Bestandsaufnahme gesellschaftlicher und politischer Realitäten im Jubiläumsjahr. Anmerkungen zu Gesagtem, Gemachtem, Unterlassenem. Und Erinnerungen an das Vergessene.

# Geschlossene Vorstellung

Text **Lea Friessner, Philipp Sonderegger** Fotografien **Marcell Nimführ**

→ Sie halten unsere Jubelnummer in Händen. Die erste ordentliche Ausgabe und schon Grund zum feiern, fragen Sie? Wir geben zu: eine Gratwanderung. Sich darüber freuen, was man erreicht hat, sich gleichzeitig Gedanken machen, was noch zu verbessern wäre und bei all dem noch den richtigen Ton treffen. Nicht in Selbst-Beweihträucherung verfallen und dann noch die Dinge, die man für wichtig hält, einem Publikum näher zu bringen, das einen völlig anderen Blick auf die Sache hat.

Doch die Latte für solche Unterfangen liegt nicht sehr hoch. Das „Gedankenjahr“ der Bundesregierung bleibt bislang eine ungenutzte Chance.

Die Beschäftigung mit den Grundpfeilern unserer Republik – Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – ist nahezu ausgeblieben. Kunst und Kultur konnten bislang kaum mobilisiert werden. Im österreichischen Film, der Wiener Theaterlandschaft oder auch in der elektronischen Musik gibt es seit einigen Jahren einen innovativen Aufbruch, der bei den offiziellen Veranstaltungen nicht vertreten ist. Einzig der Machttechniker Landeshauptmann Erwin Pröll hat die Töpfe über seinen kulturellen Horizont hinaus ausgeschüttet und ein herausragendes Donaufestival zugelassen. Es wird ihm gedankt werden.

**Viel mehr als eine historisierende Nabelschau mit weissen Flecken bleibt von den bundes-**

**weiten Veranstaltungen, die vom offiziellen Österreich finanziert oder initiiert wurden, nicht über.**

Beispiel 25 Pieces: Die Bemühung, Geschichte für Nachgeborene begreifbar zu machen, ist redlich, hat hier aber mehr als einmal in der Sackgasse des Trivialen geendet. Die Entbehren der Nachkriegszeit mit dem Verspeisung von Mahlzeiten zu veranschaulichen, die weniger als 900 Kalorien haben, ist ein einigermaßen aufgesetztes Unterfangen.

Die Illustration der Bombenverwüstung vom 12. März 1945 durch weiße Übertünchung der getroffenen Häuser auf einem Stadtplan ist dabei zum Sinnbild für das Dilemma der AuftraggeberInnen geworden (Titel der Aktion: ausgelöscht). Liegt es wirklich nur an der runden Zahl, dass der Bombardierung Wiens durch die Alliierten mit einem Multi-Media-Licht-Spektakel gedacht wird, während die Scheinwerfer auf den freudigen Anschluss an Nazi-Deutschland kalt bleiben? Wieso behandeln 13 von 25 Veranstaltungen die „Mühen“ der Besatzungszeit? Und nur zwei Projekte beschäftigen sich konkret mit dem dritten Reich, wo wir doch genauso 60 Jahre Befreiung vom Nationalsozialismus feiern?

Wieso verwundert es nicht, wenn zur Tagung des Parlaments zum Thema „Widerstand in Österreich 1938-1945“ weder die in Österreich bis heute nicht rehabilitierten (!) Wehrmachts-De-

serteure noch Angehörige des kommunistischen Widerstands (laut Wolfgang Neugebauer vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands „zahlenmäßig die weitaus stärkste von allen Widerstandsgruppen“) geladen werden?

**Gefeiert wird auch die Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags. Ein peinlicher Skandal, dass zur 50-Jahr-Feier noch immer nicht alle Bestimmungen umgesetzt sind. Und noch ein weißer Fleck.**

Beispiel Staatsvertrag: Genauer betrachtet zeigt sich am Ortstafelkonflikt in Kärnten, wie durch gezielte Intervention Entsolidarisierung in eine Gruppe getragen werden kann, deren Interessen sich gegen eine Übermacht decken: Durch gezielte Kommunikationsprozesse wird eine „Minderheit“, in diesem Fall die slowenischsprachige, mit Hilfe unkritischer Medien als eine „gespaltene Minderheit“ konstruiert: eine *gute* und eine *böse*. Die entstehende Spaltung kann nur der „Mehrheit“ dienen: Da die neu entstandenen Minderheiten-Gruppen damit beschäftigt sind, sich voneinander zu distanzieren und den Wettlauf um die *gute Minderheit* zu gewinnen. So kann auch erklärt werden, warum alle an der „Konsenskonferenz“ beteiligten Organisationen die Entscheidung, 20 zusätzliche zweisprachige Ortstafeln aufzustellen, als Erfolg feiern. Denn: Diese 20 Tafeln müssten

seit der Topographieverordnung 1977 stehen. Wenn aber dieser Prozess der Minderheiten-spaltung so weit fortgeschritten ist, ist es fast unmöglich sich im Sinne eines gemeinsamen Interesses miteinander zu solidarisieren und für ein gemeinsames Anliegen einzutreten. Die „Minderheit“ ist somit handlungsunfähig und wird zum Spielball der handelnden Parteien. So kann auch erklärt werden, warum sich VertreterInnen Kärntner SlowenInnen mit dem deutsch-nationalen „Kärntner Heimatdienst“ immer wieder an einen „Konsens-Tisch“ im Bundeskanzleramt setzten: Durch jahrelange Repression sehen sich die slowenischsprachigen ÖsterreicherInnen nicht mehr in der Lage, ihre staatsvertraglich zugesicherten Rechte einzufordern, sondern verhandeln mit ihren größten Widersachern über „Streitbeilegung“, um nicht als undankbar oder größenwahnsinnig eingestuft zu werden. (Seite 30) So kann weiters erklärt werden, warum AfrikanerInnen sich bemüht fühlen, sich von afrikanischen Drogendealern zu distanzieren, um nicht selbst für strafbares Verhalten verantwortlich gemacht zu werden (Seite 36). Und auch warum das Heil unseres Schulwesens vielfach in der Ausgrenzung von MigrantInnen gesucht wird (Seite 32). Es sind oft ethnisch markierte Scheinkonflikte, die Interessenslagen in der Gesellschaft verschleiern, um deren Berücksichtigung zu behindern und von gravierenden Konfliktlagen abzulenken.

Beispiel Kultur: Der „Austrokofter“ ging bis heute nicht auf Reise, weil die Befürchtung der österreichischen SchriftstellerInnen nicht ausgeräumt werden konnten, ihr Werk werde von der Bundesregierung instrumentalisiert.

Wer glaubt, es handle sich um einen Sabotageakt einer Zunft, die ihrer grundsätzlichen Distanz zu einer unerwünschten Koalition Ausdruck geben wolle, irrt. Errichte eine Bühne und lass' dem Ensemble die Regie, und sie werden spielen! Doch die Bundesregierung hat weder den Mut gefunden, die Bühne frei zu geben, noch hat sie den Mut gefunden, die Regie selbst in die Hand zu nehmen. Deshalb sind aus dem Jubiläumsjahr keine reinen Regierungsfestsspiele geworden. Aber eben auch kein Raum, indem alle die sich darin aufhalten eine kollektive Standortbestimmung vornehmen: Sich der Gemeinsamkeiten bewusst werden, die Differenzen erarbeiten und einen Weg in das Morgen entwerfen. Das hätte es werden müssen.

Aber warum kann die Bundesregierung eine solche Auseinandersetzung nicht wollen? Mit dem Jahr 2000 habe sich Österreich von der Konsens- zur Konfliktdemokratie gewandelt, heisst es. Die Regierungskoalition hat mit hohem Einsatz begonnen, die Gesellschaft nach ihren Vorstellungen umzubauen. Mit diesem Projekt hat sie eine Polarisierung in Kauf genommen, die selbst Konservative dazu veranlasste, Umsicht einzufordern. Und es gelingt der Koalition mit zunehmendem Erfolg, einen



## Österreich ist von einer Konsens- zu einer Ablenkungskonfliktdemokratie geworden

nur schwer umkehrbaren Wandel des politischen Systems Österreichs einzuleiten. Im Wesentlichen: Den schrittweisen Rückzug des Staates aus seiner Funktion, den Interessensausgleich zu organisieren und die Schwächeren vor den Stärkeren zu schützen. Hin zu einer geschlossenen Gesellschaft. Kulturell über den Ausgrenzung von Fremden, ökonomisch über die Umverteilung nach oben und sozial über den Ausschluss Schwächerer. Eine Entwicklung für die viele bezahlen und von der wenige profitieren. Bei der Einkommensverteilung, beim Zugang zu den Universitäten, bei den Kürzungen der Altersrente, in der Gesundheitsversorgung oder bei der Flüchtlingsbetreuung. Der Einsatz für die Durchsetzung dieses Kraftaktes ist hoch: Das Zurückdrängen politischer Gegenkräfte aus den öffentlichen Institutionen, um die Widerstände gegen die eigene Politik zu

schwächen. Der Umbau der Republik konnte nur gelingen, indem OpponentInnen von den Schalthebeln gedrängt wurden: Im ORF, im Hauptverband der Sozialversicherung oder in der Exekutive: Die Durchflutung aller Lebensbereiche mit der Farbe Schwarz. Am deutlichsten liess sich der Ex-Innenminister, Kurzzeit-Katastrophenmanager und mittlerweile in der Privatwirtschaft verschwundene Ernst Strasser in die Karten schauen: Das Vorgehen gegen Andersdenkende gipfelte in der Kriminalisierung von AnwaltInnen. Jene, die am vehementesten auf die Verfassungswidrigkeit des strasserschen Asylgesetzes hingewiesen hatten, sahen sich plötzlich mit abenteuerlich konstruierten Vorwürfen der Strafverfolgungsbehörden konfrontiert – welche auf Grund von Informationen aus Strassers Kabinett durchgeführt wurden.



Wollen wir ein Gemeinwesen, das seine Einheit aus der Fiktion kultureller Homogenität bezieht, oder ein Gemeinwesen, das seine Einheit aus demokratischen und republikanischen Werten gewinnt?

Auch hier zeigt sich: Die Herstellung politischer und kultureller Hegemonie erfolgt nur mittelbar durch die Überzeugung der Mehrheit, konkret wird sie erreicht, indem das Gegenüber zum Verstummen gebracht wird: Ein Musterbeispiel ist dafür auch die Debatte um den heute weitgehend entzauberten Mythos „Nulldefizit“: Wer vor drei Jahren einen Einwand dagegen formulierte, dem wurde postwendend das Totschlagargument „30 Jahre sozialdemokratische Schuldenpolitik“ umgehängt. Wer nicht ins parteipolitische Eck gedrängt werden wollte, hat sich folglich Wortmeldungen zweimal überlegt.

Völlig ausgeblieben ist die Auseinandersetzung mit Visionen einer „anderen Welt“, die sich an Demokratisierung und Emanzipation des Einzelnen vom „Obrigkeitsstaat“ kristallisieren könnte: Während die weltweite Sozialforumsbewegung, immerhin die stärkste Welle der Re-Politisierung seit den Siebzigerjahren, bis heute von den politischen Eliten eher als „Verrein der Sozialromantiker“ denn als ernstzunehmende politische Entwicklung abgetan wird, verwundert es nicht, dass emanzipatorische Projekte wie das „Partizipative Budget“ (Seite 22) in Österreich kaum Beachtung finden. Solche Projekte bewirken vor allem eines: Die Sicht der Menschen auf den Staat ändert sich: Der Staat wird nicht mehr nur als Gegenüber des Einzelnen wahrgenommen, sondern auch als Ort, wo eigene Interessen eingebracht und

Verantwortung übernommen werden. Investitionen beispielsweise werden weniger als zu bedankende Geste einer wohlmeinenden Elite, sondern wieder als mehr als „Recht der BürgerInnen“ wahrgenommen.

Eine besondere Gefahr für eine Bundesregierung, die davon profitiert, Regierung und Staat gleichzusetzen, damit die Kritik an ihrer Politik als Kritik an Österreich zu verkaufen und den nationalen Schulterchluss einzufordern. Etwa Bundeskanzler Schüssel im österreichischen Parlament nach harter Kritik an seinem Regierungskurs aus den Reihen der Opposition: „Ich lasse mir dieses Land nicht schlecht reden!“

**Das Jubiläumsjahr wurde als Historienrevue angelegt, weil es sich die Bundesregierung nicht erlauben kann, alle auf die Bühne zu bitten. Die kollektive Beschäftigung mit der aktuellen Verfasstheit des Landes würde den Umbau zur geschlossenen Gesellschaft gefährden. Österreich ist von einer Konsens- zu einer Ablenkungskonfliktdemokratie geworden.**

Es gebe keinen reinen Verfassungspatriotismus, verteidigt Rudolf Burger das Agieren der Bundesregierung mit dem Kommentar „Der Weg nach Österreich“. Legitimation für die Regeln eines politischen Gemeinwesens könne nur durch Narration hergestellt werden. Diese Erzählung sei notwendiger Weise „immer auch

Indoktri-Nation: Sie ist die mit selektiv historisierenden Mitteln betriebene, interessierte Pathetisierung und emotive Aufladung einer existierenden oder angestrebten souveränen politischen Großorganisation“, präzisiert Burger. Diese Erzählung trete jedoch notwendiger Weise in „Gestalt reiner historischer Erkenntnis auf, um sich selbst als Propaganda zu verleugnen: Deshalb die Wichtigkeit der Lehrkanzeln für Geschichte im modernen laizistischen Verfassungsstaat, denn nur sie sind letztlich legitimiert, den Staat historisierend als Nation zu legitimieren – ihm eine Seele einzuhauchen“. Ihr tiefster Sinn und nur schlecht verborgener Zweck sei die Herstellung von Gesinnung, die sich als Wissen präsentiert, so Burger weiter.

Aber: In dem Jahr, in dem wir der Befreiung Österreichs von den österreichischen und deutschen Nationalsozialisten und den daraus wiederentstandenen souveränen Staat Österreich feiern, sollten wir uns die folgende entscheidende Frage stellen: Wollen wir ein Gemeinwesen, das seine Einheit aus der Fiktion kultureller Homogenität bezieht, oder ein Gemeinwesen, das seine Einheit aus demokratischen und republikanischen Werten gewinnt. Oder anders gefragt: Welche Geschichte wird erzählt, um Identifikation mit den Regeln des Gemeinwesens herzustellen? Handeln die Geschichten von Freiheit und Gleichheit, von Menschenrechten und Demokratie, oder handeln die Geschichten von kultureller Homogenität und der Abgrenzung vom Fremden?

Jede/r vierte WienerIn wurde nicht in Österreich geboren. Allein schon diese Tatsache zeigt, dass das kulturell-homogenisierende Konzept zwangsläufig mit einem demokratischen Grundprinzip in Konflikt gerät. Wenn nämlich nicht alle *Normunterworfenen*, also alle Menschen, die in einem demokratischen System leben, an dem Prozess der Entscheidungsfindung teilhaben, sinkt die Legitimation des demokratischen Rechtsstaates.

Die Konstruktion des Fremden wird letztlich als Gewalt wirksam. Menschen zur Sicherung ihrer Abschiebung einzusperren, ist ein gravierender Eingriff in Grundrechte, der ansonsten nur durch das Strafrecht legitimiert wird und kann vielfach nur mit der Anwendung von Zwangsgewalt durchgesetzt werden. Sichtbar wird die Brutalität dieser Abgrenzung auch, wenn Familien auseinandergerissen werden, oder Menschen an den Grenzen der Festung Europa sterben. Es nehmen aber auch jene Schaden, die nicht zu den Fremden gezählt werden. Die Differenzen im Inneren werden durch die Abgrenzung vom Anderen zugedeckt und unter Verschluss gehalten. Sie werden so zum Schaden der politikferneren Menschen der öffentlichen Verhandlung entzogen. -----

Lea Friessner, Leiterin der MOMENT-Redaktion

Philipp Sonderegger ist Sprecher von SOS Mitmensch

Von der  
Welt wird  
noch  
die Rede  
sein



# Sind Sie dabei?

Interviews **Christian Pape**, Fotografien **Kramar**



Ich bin überall da dabei, wo ich schon einmal war. Ich bin zwar Studentin, aber trotzdem fühle ich mich der Universität nicht zugehörig, denn da bin ich nur eine Matrikelnummer und nicht dabei.

Stefanie Bergner, 22



Ja, ich bin leider bei der Globalisierung und im Klub der Europäer dabei.

Markus Miklas, 34



Dabei bin ich bei der kirchlichen Gemeinschaft und bei Menschen, bei denen ich mich wohl fühle.

Lone Kröncke, 59



Ich bin bei *Greenpeace*, *Vier Pfoten* und bei mir selbst dabei.

Klaus Tschofen, 26



**Wenn Sie auf meine Meinung aus sind, dann bin ich dabei. Dabei bin ich auch dort, wohin mich meine Gedanken führen. Die Welt spielt verrückt und alle schauen zu, aber aufzugeben wäre feige, da bin ich nicht dabei.**

**Valjevac Izidih, 56**



**Dabei bin ich zuhause, bei meiner Familie.**

**Sarah Cosentino, 25**



**Ich liebe Italien und wäre gerne Italienerin. Wenn ich in Italien bin, bin ich bei den Italienern dabei.**

**Monika Trost, 24**

Die Öffentlichkeit wird enger: Geographisch durch Kommerzialisierung und Kriminalisierung. Diskursiv durch Trivialisierung und Stigmatisierung. Ein Streifzug durch Wiener Orte der Grenzverschiebung.

# Der Wille zählt

Text Christian Pape, Philipp Sonderegger Symbolfotos Kramar

→ *Scchbbbruup.* Die 17-jährige Sibel zieht am Strohalm. Nur ein paar Tropfen des Zuckergetränkes werden durch das Plastikrohr in den Mund der aufgeweckten jungen Frau befördert. Nicht zu viel. „Mein Becher ist nicht leer“ unterstreicht ihr verschmitzter Blick die Botschaft des wiederkehrenden Saug-Rituals. Die Patrouille des privaten Wachdienstes zieht weiter. Solange die Kids konsumieren, dürfen sie in den Gängen des Kaufhauses herumhängen. Ist der Plastikbecher leer, werden die Jugendlichen von ihrem kleinen *Dorfplatz* verwiesen. Drei Zwanzig kostet ein Nachmittag: Einmal 0,5 l Cola, einmal 0,5 l Fanta. Drei oder viermal die Woche kommt Sibel mit ein paar Gleichaltrigen nach der Schule für ein paar Stunden her: „Hier kann ich mich mit meinen Freundinnen treffen und so sein, wie ich will“ erzählt sie uns. Die Bank, auf der die Mädchen sitzen, ist am Steg platziert, der die beiden Galerien des zweistöckigen Konsumtempels miteinander verbindet. Von hier aus haben sie alles im Blick: Den zentralen Eingang am Ende des Korridors. Den kleinen Gastro-Bereich, der von zwei Lifttürmen flankiert wird und den Zugangsbereich zur Parkgarage. Dort hängen die Jungs ab.

„Nur 29 Euro“, prustet Sibel, habe sie für die schwarzen Stiefel bezahlt. Mit einem kurzen Handgriff huscht der Hosensaum den Schaft des Schuhwerks hoch. „Wir kennen fast alle Preise“, erklärt Sibels Freundin mit dem schicken Kopftuch: „Wir wissen, wie lange man warten muss, um die echten Schnäppchen zu ergattern“. Kommen die neuen Kollektionen, durchstreifen die Mädchen die Boutiquen und probieren hunderte von Kleidungsstücken. Dieses Vergnügen ist den Damen vier Mal im Jahr vergönnt. Für etwa zwei Wochen. Dann sind die interessanten Teile durch.

„**Fünfhauser Modewochen**“ nennen die Mädchen diese Zeit in Anspielung auf ihren Bezirk. Die restlichen Wochen können etwas weniger spannend ausfallen. „Immer noch besser als zu Haus fernsehen“, meint Andrea. Sie ist die Dritte im Bunde. Mit ihrem 4-jährigen Bruder teilt sie sich ein Zimmer in der kleinen Wohnung der Mutter. „Ich will sein,

wo was los ist – an die Wand starren kann ich später immer noch“. Dieser Satz ist eine Anspielung auf ihre Mutter. Nachdem auch der zweite Mann ein Kind zurückgelassen hatte, hat die Alleinerzieherin kaum mehr gesellschaftliche Kontakte. „Im Gegensatz zu meiner Mutter weiss ich, was auf der Welt passiert“, sagt Sandra bevor die Mädchen gehen. In 10 Minuten schließt das Einkaufszentrum.

Martin Wassermair ist Sprecher der Initiative Public Netbase. Diese befasst sich schon seit längerem mit der Verengung öffentlicher Räume durch Kommerzialisierung, strafrechtlicher Kontrolle und Medienkonzentration. „Eine Demokratie ist geregelte Verhandlung von Interessen, für die es öffentliche Räume braucht“, erklärt der Historiker und Kulturtechnologe. Derzeit beobachtet man eine zunehmend radikale Privatisierung der Öffentlichkeit. „Man muss von einem Raubzug gegen die Allgemeinheit sprechen, auch wenn die Bösen nicht leicht festzumachen sind“, erklärt Wassermair. Der Rückzug des Staates bewirke eine Entregularisierung, die vor allem zu Lasten der weniger Mächtigen in einer Gesellschaft ginge.

**Zum Beispiel Drogenkranke:** Blitzlichtgewitter in aller Früh. Ein schweres schwarzes Auto fährt vor, flankiert von salutierenden Polizisten. „Da kommen’s, die Großkopfert’n“, murmelt ein neugieriger Passant hinter vorgehaltener Hand. Wir stehen am Wiener Karlsplatz, direkt vor der evangelischen Volksschule. Die hintere Türe des Autos wird von einem dunkel gekleideten Chauffeur geöffnet. Eine sichtlich gut gelaunte Innenministerin Prokop steigt aus. Sie eröffnet heute die erste *Schutzzone* Österreichs. *Schutzzone* heißt: *Auffällige* oder *Verdächtige* können aus dieser Bannmeile verwiesen werden. Die Entscheidung darüber obliegt nicht einem Gericht, sondern der Polizei. Die Daten von Verdächtigen werden aufgenommen, anschließend erfolgt eine Verwarnung oder gar ein Platzverweis, der auch befristet sein kann. Falls sich eine/r der so *Weggewiesenen* nochmals in die Schutzzone wagt, droht eine Geldstrafe von bis zu 360 Euro oder sogar eine Haftstrafe.



Tags darauf ist vom gestrigen Aufruhr nichts mehr zu sehen. Es ist eisig kalt und der Wind weht uns streng ins Gesicht. Die Menschen im Reselpark sind mit Schals und Mützen vermummt und eilen mit eingezogenen Köpfen dahin. Ein paar gehen langsamer und ziehen ihre Kreise aufmerksamer über den Platz, der noch immer von Eisflächen bedeckt ist. Es sind Polizisten. Wir fragen, was sie von der Schutzzone halten. Der Dienstältere, er möchte lieber anonym bleiben, antwortet: „Ein Schwachsinn ist das. Es ist unmöglich, den ganzen Platz zu überwachen, wir hab'n ja eh schon zu wenig Männer.“ Die Maßnahme bringe jede Menge Mehrarbeit mit sich, jede Wegweisung müsse zu Papier gebracht werden. Eine Sisyphus-Arbeit: Die DrogenkonsumentInnen würden sich einfach fünf Meter neben der Zone aufhalten. „Seit Jahren mach ich jetzt hier schon Dienst, aber sowas hat's noch nie geben.“ Der junge Polizist fällt ihm ins Wort: „Ich find das gut. Die Drogenszene nimmt überhand. Ich erkenn die ganzen Junkies schon am Aussehen.“ Martina S., ehemalige Sozialarbeiterin am Karlsplatz, erzählt uns von Markus, der arbeitslos ist und heroinsüchtig war. Er musste 360 Euro zahlen, obwohl er nur 400 Euro Notstandshilfe bezieht. „Die Schutzzone gefährdet unsere Arbeit. Wir hatten die Szene sehr gut unter Kontrolle, jetzt wird sie sich verlagern und nicht mehr so greifbar sein. Vielleicht sollte man über ganz Österreich eine Schutzzone verhängen und die ganze Bevölkerung des Landes verweisen“, meint Martina sarkastisch und gießt uns noch einen Tee nach.

„Anständige BürgerInnen haben bei den Kontrollen nichts zu befürchten, denn sie haben ja auch nichts zu verbergen. Das dient zu unser aller Sicherheit.“ Mit dieser Argumentation würden gegenwärtig Menschenrechte beschnitten, empört sich Martina S.. *Prävention* sei nicht nur am Karlsplatz „das Maß aller Dinge“. Präventiv Menschen auszusperrn, Kriege zu führen und zu foltern, sei ein weltweiter Trend. „Wo soll das hinführen? Kommen nach den Drogenkranken behinderte Menschen und dann alle dem System missliebigen Personen?“ Das seien faschistoide Tendenzen, die sich geschickt als Demokratie tarnen würden, meint

Wem gehört die Parkbank? Wer verfügt über die Orte, an denen Öffentlichkeit stattfindet? Orte, an denen Menschen mit einander sprechen, sich Meinungen bilden und zur Res Publica werden. Wenn öffentliche Räume zunehmend einer Vermarktungslogik unterliegen, dann werden BürgerInnen zu Kunden, entscheidet Kaufkraft über Ein- oder Ausschluss. Wer dabei sein will, muss sich den Spielregeln des Kapitals fügen.



Willensstrafrecht. Die NationalsozialistInnen hatten ähnliche Ideen: Damals wurden Schädel vermessen, um eine mögliche „Kriminalitätsanlage“ feststellen zu können, heute liegt das Urteil im Auge des Betrachters: PolizistInnen entscheiden, wer so aussieht, als wolle er einen kriminellen Akt vollziehen. Achtung: Schwarze, leicht in die Stirn gezogene Mützen gelten als sicheres Erkennungsmerkmal für Taschendiebe!

die Sozialarbeiterin. „Die Leute merken das gar nicht mehr, weil sie keine Zeit dafür haben, denn diese wird ihnen mit dem ganzen Leistungs- und Anpassungsdruck genommen“, entrüstet sich die energische Frau. Der Historiker Wassermair erklärt, dass jedes politische Regime einzigartig sei: „Aber auch der Nationalsozialismus in Österreich war nicht geschichtslos, sondern Ergebnis und zugleich Ausgangspunkt von Kontinuitäten und Tendenzen“. Dass der Verdacht auf die Beabsichtigung einer Straftat gehandelt wird, sei keine Erfindung unserer Zeit und stehe im krassen Gegensatz zum Strafvergeltungsrecht. Tatsächlich wurde das *Willensstrafrecht* bereits im Nationalsozialismus vollzogen. Damals etablierte sich eine eigene *Wissenschaft*, die versuchte, anhand von Schädelvermessungen und physiognomischen Merkmalen VerbrecherInnen zu erkennen. „In Österreich gilt die Hautfarbe als Indiz für potenziellen Rauschgifthandel“, belegt Wassermair die Beständigkeit von überholt geglaubter Ideologie.

**Zurück am Karlsplatz:** Ein paar Sonnenstrahlen erkämpfen sich den Weg durch die dicke Wolkendecke. Die Pausenglocke der evangelischen Schule läutet. Kurz darauf strömen Scharen von Kindern in den wohlverdienten Nachmittag. Die kleine Isabell wird von ihrer Mutter abgeholt. Sie hat es eilig, da sie heute mir ihrer Tochter noch zum Vater an den Neusiedler See fährt. „Die Kinder haben ein Recht darauf, sicher und ohne angemacht zu werden in ihre Schule gehen zu können. „Wo kommen wir denn da hin, wenn die Junkies sogar schon unbeheligt unsere Kinder belästigen.“ Und schon wird die Kleine von ihrer Mutter an der Hand Richtung Zebrastreifen gezerrt.

**Zuletzt besuchen wir den wienerischsten Ort öffentlicher Verhandlung:** den Würstelstand. Bei der U-Bahn-Station Landstraße Hauptstraße sind abends Weggeh-Menschen aus dem Einzugsgebiet des zehnten Bezirks und mittags Angestellte der umliegenden Bürogebäude anzutreffen. Herr Opletal arbeitet bei der Bank und hat Mittagspause. Er trägt



einen stilsicheren, hellgrauen Anzug. „Momentan muss schnell gehen“, meint er zerknirscht. Manchmal isst er auch drüben beim Italiener. Aber erst im März, wenn's warm genug ist, um im Freien zu sitzen. Und wenn Zeit ist. Aber er kommt auch gern zum Würstelstand. Er mag Herrn R., den Albaner hinter der Budel. „Der macht's schlau“, sagt der 38-jährige Single mit der breitknotig gebundenen Krawatte: „Hat ein Häuschen am Meer, wo seine Familie wartet. Nach zehn Jahren fährt er runter, ist ein reicher Mann und genießt die letzten 30 Jahre seines Lebens. Wenn ihm die EU keinen Strich durch die Rechnung macht“, relativiert er: „Kommt Albanien zum Club, wird nix mit reicher Mann“, weist der Banker auf die Teuerungsraten der neuen Mitglieder hin und nimmt einen großen Bissen von der Käsekrainer.

Herr Opletal weiss, wovon er spricht. Er berät Investoren bei Geschäften in Rumänien und Bulgarien. So erfolgreich, dass sein ehemaliger Chef versetzt wurde, und er jetzt die Abteilung mit 32 Mitarbeitern über hat. Momentan ist wenig Zeit für Herrn Opletal. Weil seine Abteilung zuletzt nicht so gut abgeschnitten hat, muss er sieben MitarbeiterInnen abbauen. „Obwohl wir satte Gewinne einfahren, kann ich mir jetzt überlegen, wen von meinen Kollegen ich raushaue“, bedauert er. Herr Opletal reinigt sich die Hände mit der Serviette und fährt fort. Die gegenwärtige EU-Politik werde diesen Trend noch verschärfen, prophezeit er uns. Wegen abwandernder Betriebe werde es immer weniger Arbeit geben: „Vielleicht hat die Bundesregierung doch recht“, unkt er: „Ich und tausende andere sollten eine Frau vom Arbeitsmarkt wegheiraten – vielleicht würde es unserer Volkswirtschaft dann besser gehen.“ Unser Gesprächspartner knüllt Pappsteller und Servietten zusammen. Ein eleganter Wurf Richtung Mistkübel verfehlt sein Ziel.

„Umweltverschmutzer“, hören wir neben uns murmeln. Eine ältere Dame, die scheinbar unser Gespräch mit Herrn Opletal belauscht hat, sieht uns traurig, fast sehnsüchtig an. „Wissen's, früher war das alles anders, jeder hatte Arbeit bis zur Pensionierung. Heute zählt nur noch das

Geld, der Mensch ist Nebensache“, sagt sie. „Mut, das ist das, was uns allen fehlt.“ Sie erzählt von der Nachkriegszeit, den 60er Jahren und von der Besetzung der Hainburger Au. In diesen Jahren sei sie fast jeden Tag gegen irgendetwas auf die Straße gegangen. „Nicht nur um zu verändern, sondern einfach auch, um Zeichen zu setzen, dass es auch Menschen gibt, die nicht zu allem Ja und Amen sagen“, erzählt sie uns weiter. Sie meint, dass die Leute solange nichts unternehmen, bis sie eine Ungerechtigkeit am eigenen Leibe erfahren. Wenn diese Ungerechtigkeit anderen passiert, so ist das dann nicht ihr Problem. Was sie jetzt mache, fragen wir die Frau. „Kritisch sein“, gibt sie uns zur Antwort und wirft dabei Herrn Opletal einen abfälligen Blick zu. Ein plötzlicher und schneller Griff zu ihrem Plastiksack, und schon geht die alte Frau ihren Weg. ---

Christian Pape, MOMENT-Redakteur, studiert Geschichte und Politikwissenschaften.

Philipp Sonderegger ist Sprecher von SOS Mitmensch.

Durch Partizipation der BürgerInnen in politischen Entscheidungsprozessen ändert sich ihre Sicht auf den Staat. Wie Österreich von Brasilien lernen könnte.

# Der Staat, das Volk und die Marie

Text **Eva M. Bachinger** Fotografie **Marcell Nimführ**

→ *Halleluja!* – dies war eine der Reaktionen von den Oppositionsbänken im Nationalrat, als Finanzminister Karl-Heinz Grasser am 2. März seine Budgetrede zum Besten gab. „Es sinkt das Defizit, es sinkt die Finanzschuld, es sinken die Steuern und Abgaben. Es ist verantwortungsbewusst gemacht. Es ist ein solides Rechenwerk“, lautete die Bilanz des Ressortchefs. Die ÖsterreicherInnen können ihm glauben und vertrauen – oder auch nicht. Das österreichische Budget wird ohne Mitsprache und Beteiligung der Bevölkerung erstellt, sondern von demokratisch gewählten Politikern bzw. auf Beamtenebene.

Es ist aber auch nicht so, dass der Finanzminister das Bundesbudget mit drei ExpertInnen alleine im stillen Kämmerlein erstellt.

Das Budget nennt sich in Wirklichkeit Bundesfinanzgesetz, das – wie jedes andere Gesetz – im Parlament beschlossen werden muss, eine Begutachtungphase hat, durch Budgetausschüsse geht und in einem ExpertInnenhearing durchgeackert wird. Die Rede über das fertige Budget wird im Fernsehen live übertragen. Der Minister muss vor der Erstellung Verhandlungen mit allen Ministerien führen.

Im Finanzressort wird das Budget auch nicht einfach nach Lust und Laune errechnet: Grundsätzlich wird das Budget auf Grund der Prognosen des Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) erstellt. Vor allem die Herbstdaten über Wirtschaftswachstum, Inflationsrate, Arbeitslosig-

keit, werden unter anderm herangezogen, um die voraussichtlichen Steuereinnahmen (2006: 48,3 Milliarden Euro) zu berechnen.

Dabei handelt es sich aber nur um das Bundesbudget: Auf Gemeinde- und Länderebene werden eigene Budgets erstellt. Viele Budgetmittel sind auch gesetzlich festgelegt, auf Jahre hin verplant, bevor man überhaupt Verhandeln beginnen kann. Zum Beispiel im Bildungsministerium umfasst ein hoher Anteil der Budgetmittel die Personalkosten.

**Mehr zum Mitreden haben die BürgerInnen in Brasilien**, zumindest auf kommunaler Ebene: In den Städten Porto Alegre und in Belo Horizonte entstehen Budgets unter Partizipation der Bevölkerung, konfliktreich und basisdemokratisch. Die 1980 gegründete Arbeiterpartei übernahm dann 1989 die Macht in Porto Alegre und begann, die Lokalpolitik zu demokratisieren: sie startete ein Pilotprogramm für partizipative Budgets. Die Bevölkerung soll darüber entscheiden, wie ein Teil des lokalen Haushalts verwendet werden soll. Dieses Budgetmodell gibt dort den ärmsten und am stärksten ausgegrenzten Bevölkerungsteilen eine Stimme. Zudem wird dadurch Kooperation gefördert, da sich die BürgerInnen organisieren müssen, um ihre Anliegen vorzutragen und Prioritäten zu diskutieren. Es verändert sich auch der Blick auf den Staat: Staatliche Investitionen werden wieder mehr als Rechte und

nicht nur als Gefälligkeiten wahrgenommen. Grundsätzlich bleibt der Staat Knotenpunkt politischer Macht, allerdings: „Die Einbindung der Bevölkerung eröffnet Raum für das Experimentieren mit neuen Formen der Selbstverwaltung, die das Bürokratiemodell zu überwinden und einen offenen und öffentlichen Staat zu schaffen helfen“, schreiben Andreas Novy von der Wirtschaftsuniversität Wien und Bernhard Leubolt vom Internationalen Referat der Österreichischen HochschülerInnenschaft in einem Artikel über das Modell in Porto Alegre.

Das Konzept aus dem Süden findet in Europa allmählich Gehör: Laut Margit Schratzenstaller, Wirtschaftsexpertin am Wifo, sind in Österreich allerdings keine Ansätze für partizipative Budgets zu finden. In anderen europäischen Ländern gibt es Projekte auf kommunaler Ebene, z.B. in Frankreich, Spanien, Italien, Großbritannien, wobei sich die Modelle in Italien und Spanien an das Projekt in Porto Alegre anlehnen.

**In Deutschland wurden sechs Modellprojekte initiiert**, die unter der Überschrift „kommunale Bürgerhaushalte“ laufen, und an denen die Bertelsmann-Stiftung beteiligt ist. Die Projektstädte informieren ihre BürgerInnen über den Haushalt – mittels Broschüre, Informationsveranstaltungen, Presseinformationen, Internet. Die BürgerInnen können zu allen Fragen rund um das Budget ihre Meinung sagen,

Vorschläge und Anregungen machen. Die Entscheidung über die Vorschläge und den Haushalt insgesamt bleibt dann beim Stadtrat. Wenn der Haushalt beschlossen ist, informiert die Stadt wiederum die Bevölkerung, was aus ihren Anregungen geworden ist, wie der Stadtrat entschieden hat und warum er so entschieden hat. „Bei diesen Modelle wird Mitbestimmung jedoch zur bloßen Befragung und der emanzipatorische Charakter des Partizipativen Budgets aus Porto Alegre geht verloren“, bekringt Leubolt diese europäischen Variante.

Dass das Konzept der partizipativen Budgets nicht in einem größerem Ausmaß aufgegriffen wird, hat unterschiedliche Ursachen: „Zum einen ist es nicht so einfach, sich als normaler Bürger in einen Haushaltsprozess einzubringen – selbst auf kommunaler Ebene, wo die Haushalte relativ überschaubar sind, sind die Budgetunterlagen sehr umfangreich und technisch. Man braucht einfach ein spezielles Wissen, um ein Budget überhaupt lesen zu können. Das kostet also Zeit und Mühe, ebenso wie es Zeit und Mühe kostet, zusammen mit anderen BürgerInnen und den politischen VertreterInnen an Alternativen zu arbeiten“, so die Wifo-Expertin. Für Leubolt von der ÖH ist dies darin begründet, dass die Angst vorherrsche, die BürgerInnen würden weniger wissen als die gewählten PolitikerInnen. „Die größte Hürde ist jedoch sicherlich das paternalistische Politikverständnis der regierenden Großparteien“.

Für Schratzenstaller kommt noch die Frage hinzu, wie und wann man BürgerInnen in den Haushaltsprozess integriert. Wie viel zählt ihr Votum – auch im Verhältnis zu der Entscheidung der gewählten PolitikerInnen? Und: Auf der Grundlage welcher demokratischer Legitimation klinken sich diejenigen BürgerInnen ein, die Zeit und Lust haben, sich in einen solchen Haushaltsprozess einbringen? „Um es etwas drastisch auszudrücken: Es besteht schon die Gefahr, dass sich hauptsächlich Angehörige der gut ausgebildeten Mittelschicht engagieren und ihre Vorstellungen – auf Kosten der übrigen Bürger – durchdrücken“, betont die Expertin Schratzenstaller. Dass es solche Ansätze nur auf der kommunalen Ebene gibt, liegt auf der Hand: Städtische Budgets sind einigermaßen überschaubar, Befragungen oder Bürgerversammlungen sind auch einfacher als auf Bundesebene.

**Verschiebungen im Budget** sind immer möglich, wenn auch nicht in dem Ausmaß, wie sich das Laien vorstellen. Partizipative Budgeterstellung wäre aber sicherlich ein Mittel zu mehr Demokratie und Mitsprache, eine Medizin gegen Politikverdrossenheit. -----

Eva M. Bachinger, Journalistin und freie Mitarbeiterin der APA



Mitrechnen: In Porto Alegre, Brasilien, besteht das Projekt „Partizipative Budgets“ seit mehreren Jahren – in Österreich gibt es nicht einmal Ansätze davon.



Wiener



Frankfurter

# Wer die falschen Fragen stellt, ...

Text **Andreas Görg** Foto **Marcell Nimführ**

→ Im Dezember 2004 hat das Institut für Kriminalpsychologie der Universität Wien beim Innenministerium um Subvention für ein Forschungsprojekt angesucht. Das Institut wollte untersuchen, inwieweit die Empfehlungen des Weissbuchs der Europäischen Kommission zur inneren Sicherheit und Drogenpolitik von 1995 in Österreich umgesetzt wurden. Das Weissbuch geht von der Problemlage aus, dass die Polizei den Drogenhandel nicht effektiv kontrolliert, weil bisherige Strategien der Natur der freien Marktwirtschaft widersprechen. Die Interessensverbindung zwischen Angebot und Nachfrage, also konkret zwischen Dealenden und Drogenkonsumierenden, sei aufgrund der Prohibition so stark, dass Dritte, in diesem Fall die Polizei, kaum Einfluss auf den Handel mit Drogen nehmen könnten. Daher empfiehlt die Europäische Kommission den nationalen Drogendezernaten, den Drogenhandel zu kontrollieren, indem sie selbst in den Handel einsteigen.

Dabei sollen sie ihr Recht zur Beschlagnahme von Drogen und Drogengeldern als Marktvorteil nutzen. Von einer Stigmatisierung bestimmter MigrantInnen-Gruppen als DrogendealerInnen wird im Weissbuch dringend abgeraten. Durch eine solche Werbung entstehe ein marktverzerrender Wettbewerbsvorteil, wie für den jüdisch dominierten Geldverleih im Mittelalter.

Zusammen mit dem Subventionsansuchen präsentierte das Institut für Kriminalpsychologie eine Vorstudie auf Basis von im letzten Jahr erstellten Abhörprotokollen von internen Besprechungen im Drogendezernat Berggasse aber auch in anderen Polizeieinheiten (SoKo, WEGA, Kommissariate Ottakring und Favoriten). Dabei zeigte sich, dass die anderen Polizeieinheiten vom Engagement des Drogendezernats in den Drogenhandel und die dahinterliegenden strategischen Überlegungen offenbar nur unzureichend informiert waren. Stattdessen würden die anderen Polizeieinheiten die wettbewerbsverzerrende Stigmatisierung – insbesondere von Schwarzen als DrogendealerInnen – in enger Kooperation mit ausgesuchten MedienvertreterInnen mitbetreiben. Das Insti-



tut für Kriminalpsychologie konstatiert weiters, dass die nicht nach marktwirtschaftlichen Überlegungen geplante Sisyphusarbeit gegen den Drogenhandel zu Sinnkrisen, übermäßiger Aggressivität und der Herausbildung paranoider Phantasmen im Polizeikorps führe. So erscheine in den Abhörprotokollen immer wieder die Beschwörung der Figur eines alles beherrschenden Oberbosses, der meist als *der Professor* bezeichnet und von manchen Sondereinheiten tatsächlich im universitären Milieu vermutet wird.

Obwohl es dringend angezeigt wäre, würde ein sofortiger Ausstieg aus der Prohibition breite Bevölkerungsschichten überfordern. Daher schlägt die Vorstudie eine Kampagne vor: In der Öffentlichkeit müsste zunächst die Frage gestellt werden, warum Drogen eigentlich so schlecht seien?

Aufbauend auf dieser Frage, die niemand mit guten Argumenten beantworten kann, sollte über mehrere Jahre schrittweise zunächst eine Legalisierung der weichen Drogen erfolgen mit dem Ziel, schlussendlich auch harte Drogen auf Rezept via Apotheke zu vertreiben. Auf diese

Weise solle der Staat sein Drogenmonopol ausbauen, von den Steuerleistungen profitieren. Ein kleiner Teil dieser Steuereinnahmen würde für die Behandlung der Drogenkranken ausreichen. Der Jugendschutz soll durch schulfreie Zonen statt drogenfreier Zonen gewährleistet werden. In der Übergangsphase sollen Drogen an jenen Orten freigegeben werden, an denen auch bisher schon trotz Prohibition ein nicht zur Verelendung führender Drogenkonsum sozial gelernt werden konnte – insbesondere Universitäten, Hochschulen und Kliniken. Nach dem Motto: *Die Polizei, Dein Freund und Dealer* sollen angrenzende öffentliche Räume, wie z.B. der Votivpark als gesellschaftlich sichtbare Experimentier-Zonen eines permissiven Umgangs mit Drogen geführt werden.

Seit Anfang März ist das Institut für Kriminalpsychologie der Universität Wien wie vom Erdboden verschluckt. Die Räumlichkeiten wurden von einem seltsamen „Sonderdezernat für strategische Fragen“ übernommen. Von den MitarbeiterInnen des universitären Instituts fehlt jede Spur. Nur einen hat das Innenministerium nicht gekriegt: *den Professor*. (irres Lachen).

Andreas Professor Görg ist Mitarbeiter des Büro für ungewöhnliche Maßnahmen (BUM).

Nach Analyse von Ist-Situation und Berichterstattung über den österreichischen Drogenmarkt stellt sich die Frage: Spielen wir „Wer hat Angst vorm schwarzen Mann“? *Streetworker* Ben und der Kriminalsoziologe Arno Pilgram über das sozio-kulturelle Umfeld des Drogenhandels.

# Märchen-Stoff

Text **Lea Friessner**

→ Er sagt, er heißt Ben. Ben kommt aus Nigeria, seine Augen leuchten ungesund gelb, seine Turnschuhe waren teuer. Ben handelt mit staats- und gesundheitsgefährdenden Stoffen, die er, verpackt in kleine Plastikkugeln in seiner Mundhöhle den Wiener Gürtel entlang transportiert, bis ein Kunde kommt. Er fährt dazu U6, mal hin, mal her. Lange muss Ben nicht warten, er ist gut erkennbar. An der Hautfarbe. So haben auch wir ihn gefunden. Ben ist Drogendealer in Wien. „That’s my job“, sagt er dazu lapidar. „You want my stuff. I want your money.“ So funktioniert Marktwirtschaft – auch bei staats- und gesundheitsgefährdenden Stoffen.

Solche wie Ben meint die Kronenzeitung, wenn sie schreibt: „1000 Nigerianer vergiften unsere Kinder.“ Oder der Falter, wenn er meint: „Wer begreifen will, warum die Gefängnisse platzen, das Asylrecht verschärft wird und der Zorn des Landes gegen so genannte *Asylbetrüger* zunimmt, der muss sich Gegenden wie den Votivpark anschauen.“ So funktioniert Stigmatisierung. Und sie wirkt: Bei dem unauffälligen Herrn, der Ben in breitem Wiener Akzent fragt: „You have something? Nigger?“ Ben stört die Anrede zwar. Aber Kunde ist Kunde. Und immerhin sichert ihm seine Hautfarbe nicht nur den täglichen rassistischen Kleinkrieg, sondern auch einen Job. Diesen *Wettbewerbsvorteil* verdankt er unter anderem der Kronenzeitung und der Wiener Polizei.

Die fiese Allianz zwischen Drogenfahndern und Boulevard, die alle Menschen schwarzer Hautfarbe als Dealer stigmatisiert, ist zwar für alle Schwarzen ohne Dealer-Ambitionen nervend bis zum Schreckkrampf: „Ich wurde schon zwei Mal zusammengeschlagen, weil sie mir nicht geglaubt haben, dass ich keine Drogen habe“, erzählt Henri aus Angola, der sich seit fünf Jahren als Zimmerreiniger durch das Wiener Leben kämpft. Für Drogenhändler aber liefert sie die beste Gratiswerbung. Schließlich können sie ihren Straßenhändlern keine Schilder umhängen. Da trifft es sich gut, wenn man sie schon am Gesicht erkennt. „Ich könnte auch Zucker verkaufen“, grinst Ben. „Alle wissen, dass Afrikaner guten Stoff haben. Das steht in der Zeitung.“

Wie kommt Ben aus Nigeria in die U6? Wie kommt es, dass, wer auf Wiens Straßen bestimmte Drogen kaufen will, leicht auf einen Afrikaner trifft? Das liege daran, dass sich nur die Entrechteten den gefährlichen Arbeitsbedingungen auf diesem Markt aussetzen wollen, meint Arno Pilgram. Er arbeitet am Institut für Kriminalpsychologie an einer Studie über den Drogenmarkt in Österreich und hat festgestellt: In den 1990er Jahren veränderte sich die Drogenbekämpfung. Obwohl es keinen merklichen Anstieg des Drogenkonsums gab, vervierfachte sich die Zahl der festgestellten Täter plötzlich. Vor allem kleine Straßendealer gerieten ins Visier der Polizei. „Die Repression hatte zur Folge, dass dieser Arbeitsmarkt für alle, die andere Optionen haben, unattraktiv wurde“, erklärt Pilgram. Ben findet diesen Arbeitsmarkt auch unattraktiv. Aber: „What should I do, steal?“ fragt er. Legal arbeiten ist ausgeschlossen – Papiere hat Ben nicht, zumindest keine, die ihn dazu berechtigten Schnee zu schaufeln, zu putzen oder in einer Fabrik zu arbeiten. Ben darf eigentlich gar nicht sein. Geld braucht er trotzdem. Einmal die Woche bringt es ein

Freund zu Western Union und schickt es nach Nigeria. „Meine Familie lebt davon, 30 Leute. You can’t survive in Lagos, Lagos is hell. You whites took our money, now we follow.“ Die kolonial-kritische Erklärung kommt schablonenhaft. „Dort kann man nicht leben“, sagt Ben, „deshalb sind wir hier. And we came to stay.“

Solche Ankündigungen äußern sich in der Sprache der Wissenschaft in Beschäftigungsnachfrage. „Diese Beschäftigungsnachfrage kann aber wegen der starken Segregation des Arbeitsmarktes und der extrem beschränkten Zulassung dazu regulär nicht erfüllt werden“, erklärt Arno Pilgram. „Die wenigen Optionen werden teilweise von der organisierten Kriminalität bereitgestellt. Die verfolgt zwar Wirtschaftsprojekte für sich, aber sie stellt auch Sozialprojekte für sonst Ausgeschlossene zur Verfügung.“ Dass diese Sozialprojekte von so vielen angenommen werden, ist auch Schuld des Staates: „Diese wandernden Arbeitskräfte existieren einfach, das kann man nicht negieren. Und wenn man im Fremden- und Asylrecht mehr und mehr dicht macht, werden diese irregulären Offerte für solche Gruppen attraktiv.“ Und diese Gruppen werden attraktiv für den anderen Teil des Drogenmarktes, den weißen, österreichischen – die Käufer. Esperance-François Bulayumi, Bildungsreferent am afro-asiatischen Institut und Autor des Buches „Dealer wider Willen“, bestätigt: „Die dauernde Pauschalisierung und undifferenzierte Berichterstattung führt dazu, dass der Drogenhandel auch noch gefördert wird. Süchtige wenden sich bevorzugt an schwarze Afrikaner, da sie sich automatisch bei jedem Drogen erwarten. Das führt nach den Mechanismen des Marktes dazu, dass auch immer mehr Afrikaner in das Drogengeschäft involviert sind.“ Doch da der Markt zwei Seiten, hat und die eine Seite die österreichische Gesellschaft bildet, seien Dealer zugleich ein wichtiger Teil dieser Gesellschaft – mehr und schneller als andere Gruppen von Ausländern. In Kürze lautet Bulayumis These: „Dealer sind die am besten integrierten Ausländer.“

So hat offenbar die Kombination von Repression, Rassismus und pauschalen Vorverurteilungen innerhalb weniger Jahre dazu geführt, dass wahr wurde, was die Polizei zunächst als Gespenst von der Kronenzeitung vorgelegt bekam: Ein Drogen-Straßenhandel von Afrikanern. Eine „Händlerkaste“, geschaffen und beworben vom restriktiven Fremdenrecht, Polizei und Medien, in einem gefährlichen Spiel aus Vorurteilen und Vorverurteilungen.

Doch damit ist es auch schon wieder vorbei mit dem Realitätsbezug von rassistischen Angstvorstellungen. Eindeutig falsch ist die von den selben Fahndern und Medien imaginierte Weltherrschaft der Nigerianer über den Drogenmarkt: „Sobald es um größere Mengen geht, sind die Nationalitäten sehr differenziert“, sagt Pilgram. Und was auch nicht stimmt, ist, dass die Straßendealer mit dem Handel viel Geld verdienen. Das bleibt in den Taschen der Hintermänner. Ben bleibt die unbestimmte Hoffnung auf einen Ausweg. Und da gibt es nur einen: „You know somebody to marry?“ -----



# Konzern-Portiere retten Sozialstaat

Interview mit **Nonno Breuss**, **Attac Österreich** Fotografie **Kramar**

→ „Fair Steuern – Mehr für alle“ ist eine Kampagne von Attac Österreich. Mehr Infos unter → [www.fairsteuern.at](http://www.fairsteuern.at)

### **Wieviel tragen Sie selbst zum Steueraufkommen Österreichs bei?**

Ich zahle als Geringverdiener den Eingangssteuersatz und ein Viertel des Einkommens für Sozialabgaben. Wie die breite Masse der Menschen mit geringem Einkommen, muss ich einen höheren Anteil meines Einkommens für Lebenshaltungskosten ausgeben und zahle damit auch prozentual wesentlich mehr Verbrauchsabgaben und Umsatzsteuern als Besserverdiener, welche einen Teil des Einkommens ansparen können. Über 60% des Budgets wird so von den Löhnen der Klein- und Mittelverdiener bezahlt – während 1000 Milliarden Euro an Privatvermögen nur 1,3% zum Gesamtsteueraufkommen beitragen. Das ist so wenig wie in keinem einzigen anderen Industrieland. Wenn sich dagegen kein Widerstand in der Bevölkerung regt, wird der Sozialstaat bald nicht mehr existieren.

### **Attac begreift sich als Teil einer sozialen Bewegung. Ist die Steuerfrage – abseits vom Motiv möglichst wenig zahlen zu wollen – ein Thema, das die Menschen bewegt?**

Von der Asylbetreuung bis zur Schule, dem Krankenhaus oder Kunstförderung wird den Menschen gesagt, dass sie „Opfer“ bringen müssen. Überall wird gekürzt und zusammengestrichen. Doch niemand hinterfragt, weshalb wir eigentlich eine permanente Spardebatte führen, obwohl der Reichtum Österreichs jedes Jahr um 2% wächst?

Es gibt über 10 000 Menschen in Österreich die mehr als 1 Million Euro Finanzvermögen besitzen. Gleichzeitig tragen Vermögen in Österreich so wenig zur Finanzierung des Öffentlichen bei wie in keinem anderen Industrieland. Auch große Unternehmen werden aus ihrer sozialen Verantwortung entlassen. Die Bevölkerung hat dazu in der Vergangenheit geschwiegen – bis jetzt.

Beim Austrian Social Forum 2004, dem größten Treffen der Sozialen Bewegungen war die Frage der „Steuergerechtigkeit“ bereits das Hauptthema. Die Demo mit einigen Tausend TeilnehmerInnen stand unter dem Motto „Steuereintreibung“. Das spiegelt auch einen historischen Wandel und ein neues Selbstverständnis wieder: Vermutlich haben die letzten 3000 Jahre noch nie Menschen für Steuereintreibungen demonstriert.

### **Mehr Verteilen heißt mehr einnehmen: Wer soll zu den Verlierern von Fair Steuern zählen?**

Die Frage unterstellt einen falschen Zusammenhang. Wenn Unrecht durch angemessene Beiträge entgegen gewirkt wird, gibt's „VerliererInnen“ nur durch eine stupide und amoralische Ökonomiebrille. 300 000 Menschen leben derzeit an der Armutsgrenze. Der-

zeit wird über Steuern sogar zum Teil von unten nach oben umverteilt. Die Lohnsteuer wirkt zwar progressiv, Sozialbeiträge und Umsatzsteuer aber stark regressiv. Das heißt sie belasten kleine Einkommen oder Menschen ohne Einkommen wesentlich stärker.

Gleichzeitig zahlen gerade die Superreichen praktisch nichts, denn wer sein Einkommen z.B. aus Aktiengewinnen nach einem Jahr Spekulationsfrist bezieht, zahlt 0%. NotstandshilfebezieherInnen zahlen mit jeder Billarechnung Umsatzsteuer, während für Euromillionäre Privatstiftungen geschaffen wurden.

### **Das heißt, Kleine tragen proportional mehr zum Kuchen bei als Grosse?**

Oft ist dies so. Wir haben Multinationale Unternehmen wie IBM Österreich (2002, 0,0%), Baxter AG (0,0%), Kraft Food Österreich GmbH (0,0%), IBM Österreich Internationale Büromaschinen (0,0%), Wienstrom GmbH (0,0%), Novartis Forschungsinstitut GmbH (0,1%), Römerquelle AG (0,1%), Nöm AG (6,2%) usw. besucht, die trotz Gewinnen in zweistelliger Millionenhöhe keine Steuern zahlen. Dem jeweiligen Portier wurde eine Urkunde überreicht, da er/sie über persönliche Abgaben mehr für den Erhalt des sozialen Netzes beiträgt als der gesamte Konzern.

### **Frankreich und die Niederlande haben in nationalen Referenden die EU-Verfassung abgelehnt. Teilweise wurde dies als Protest gegen Brüssel interpretiert. Kann eine gerechtere Besteuerung zur Identifikation der BürgerInnen mit dem Gemeinwesen beitragen?**

Wenn trotz steigendem Wirtschaftswachstum die Arbeitslosigkeit steigt, Unternehmen immer weniger beitragen, und gleichzeitig die Armut zunimmt, sind die Menschen zu Recht frustriert. Diesem Unrecht entgegen zu wirken, würde natürlich auch die Politik wieder stärker legitimieren.

### **Ist Steuern zu zahlen nicht prinzipiell eine Verpflichtung, die der Legitimation politischer Einheiten abträglich ist?**

Das Recht Steuern einzuhoben, steht selbst noch nicht im Widerspruch zur Legitimität von Politik. Steuern einzuhoben, gibt der Politik zunächst nur die Möglichkeit mehr zu sein als ein Quatschverein über Verhaltenskodizes. Ohne Steuern gäbe es schlicht keinen Sozialstaat. Ich habe selber in Albanien gelebt – in der Praxis ist das nicht besonders lustig, wenn es weder gescheite Schulen, noch öffentliche Infrastruktur oder funktionierende Krankenhäuser gibt.

### **Fair Steuern will eine Welt-Steuerbehörde als Teilorganisation der UNO, um auch dem Steurdumping zwischen den Nationalstaaten entgegen zu wirken. Soll die nationalstaatliche Souveränität beschnitten werden?**

Derzeit nutzen mobile Konzerne und Finanz-

vermögen die nationalstaatliche Souveränität dazu aus, um Staaten gegeneinander auszuspielen und so vor sich her zu treiben. Das funktioniert aber nur so lange, wie die Staaten nicht kooperieren. Statt den eigenen Spielraum dazu auszunutzen die Konkurrenten im Wettbewerb nieder zu bieten, müssen Staaten schleunigst erkennen, dass in dieser Treibjagd langfristig alle verlieren und sich zur Zusammenarbeit entschließen.

Österreich müsste als ersten Schritt seine Gewinn und Vermögensbesteuerung auf den EU-Durchschnitt anzugleichen. Innerhalb der EU braucht es eine einheitliche Gewinnbesteuerung.

Eine Internationale Steuerbehörde kann diese Koordinationsbemühungen unterstützen, helfen Steueroasen zu schließen und Internationale Steuern forcieren. Mit Unterstützung des Global Tax Justice Network wurde vor einem halben Jahr erstmals eine UN Steuerbehörde ins Leben gerufen.

### **Ein Grundsatz der amerikanischen Verfassung lautet No Taxation without Representation. Müsste mit der Verpflichtung Steuern zu zahlen auch das Wahlrecht verbunden sein?**

Alle Menschen die dauerhaften unter einem Regime leben, sollten auch über seine Zusammensetzung mitentscheiden können. Die Steuerpflicht alleine ist kein ausreichendes Kriterium. Auch Wochentouristen zahlen Verbrauchssteuern.

### **Was sind die mittelfristigen Ziele von Fair Steuern?**

Attac fordert: Erstens, Vermögen wieder zu besteuern, zweitens, den Steuerwettbewerb durch eine einheitliche Unternehmensbesteuerung in der EU zu stoppen. Und drittens Kapital- und Arbeitseinkommen gleich zu besteuern.

Die Gewinn und Vermögensbesteuerung muss sich zumindest an den EU Durchschnitt angleichen. Alleine damit hätten wir 7 Milliarden an Mehreinnahmen und einen schmerzlosen Budgetüberschuss, statt eine Spardebatte bei fortwährendem Wirtschaftswachstum. Der angeblich notwendige Sozialabbau könnte damit gestoppt werden.

### **Gibt es Überlegungen, bestimmte Interessensgruppen mit ins Boot zu bekommen, die eine Umsetzung von Teilen der Forderungen ermöglichen?**

Wir appellieren nicht an die Politik, sondern fordern alle Menschen dazu auf sich einzumischen, die es sich nicht mehr gefallen lassen, wenn den Schwächsten in der Gesellschaft gesagt wird „es gibt kein Geld“, weil die Reichsten nicht mehr mitzahlen. -----

Nonno Breuss ist Vorstandsmitglied von Attac Österreich, koordiniert die AG Steuergerechtigkeit und ist Mitglied des steering committees des Global Tax Justice Network ([www.taxjustice.net](http://www.taxjustice.net))

# Šmerzgrenze

ORTSTAFELN AUFSTELLEN – ODER LIEBER DOCH WIEDER NICHT? NACH GENAUERER BETRACHTUNG IST DER „ORTSTAFELKONFLIKT“ – ZU DESSEN SYMBOLEN DIE TROTZ STAATSVERTRAGLICHER VERPFLICHTUNG SEIT 1955 NICHT AUFGESTELLTEN ZWEISPRACHIGEN ORTSTAFELN IN KÄRNTEN GEWORDEN SIND – EINE DER DEMOKRATIEPOLITISCH BEDENKLICHSTEN KONFLIKTE DES JUBILÄUMS-JAHRS.



Lea Friessner leitet die MOMENT-Redaktion.  
lea.friessner@moment.or.at

→ Kürzlich im Süden Österreichs, 50 Jahre nach der Unterzeichnung des Gründungsdokuments der 2. Republik: Bundeskanzler und Kärntner Landespolitiker weihen feierlich fünf Stück zweisprachige Ortstafeln ein. Sie schütteln Hände, grinsen in Kameras. „Alle sind versöhnt“ lautet die Botschaft des offiziellen Österreichs. Im südlichsten Bundesland wurde aber nicht etwa die „letzte Ortstafel“ aufgestellt, die seit 50 Jahren im Staatsvertrag festgeschrieben ist, was auch kein wirklicher Grund zum Feiern wäre. Die Politik hat sich lediglich dazu durchgerungen, 20 fehlende zweisprachige Ortstafeln aufzustellen. Laut der Kärntner Topografieverordnung fehlen diese Tafeln seit 1977. Aber zurück zum feierlichen Akt: Im ersten Ort – der erste Zwischenfall: Ein Grüppchen „Ewiggestriger“ erstreitet sich bei einer Informationsveranstaltung einen „Kompromiss“: Der offizielle Festakt wird abgesagt, die Tafeln anstatt von Politpromis von der Straßenbehörde aufgestellt. Nächster Festakt, nächstes Malheur: Auf der Tafel fehlt der Haček bei der slowenischen Bezeichnung. So was aber auch. Schnell wird er aus schwarzer Folie ausgeschnitten und provisorisch draufgeklebt. In der ersten Nacht werden zwei der gefeierten Ortstafeln beschmiert und zerstört. Neben dem rechtsstaatlich inakzeptablen Umstand, dass die erwähnten Tafeln gesetzlich seit 28 Jahren aufgestellt sein müssten, zeigen sich schnell weitere Parallelen: 1972 fand in Kärnten der wenig beschriebene „Ortstafelsturm“ statt.

**Medien und Politik bewahrten jahrelang den Mythos eines „demokratischen und spontanen Volksaufstandes“, obwohl der „Ortstafelsturm“ ein für die 2. Republik einmaliger Vorgang der Demütigung der slowenischsprachigen Volksgruppe und der Missachtung der Grundwerte der Demokratie war.**

„Der Ortstafel-Terror war so etwas wie eine brutalisierte „Kommunikation“, die den Ortstafel-Zerstörungseffekt als Signal nach zwei Seiten nutzen wollte: Um der Minderheit zu bedeuten, dass sie im Grunde „minder“ und ungeschützt ist, wenn die deutsche Mehrheit es so will, und um der Zentralmacht in Wien zu zeigen, wer in Kärnten der Herr im Hause ist“ erklärt der emeritierte Klagenfurter Universitätsprofessor Dr. Peter Gstettner: „Es wurden die Grundmauern der demokratischen Verfassung, die Säulen des Staates, Legislative und Exekutive, erschüttert und zum Nachgeben gezwungen“. Nicht nur die slowenische Minderheit, sondern auch die demokratische Mehrheit war also Opfer dieses initiierten „Volkszorns“. Am Höhepunkt des „Ortstafelsturms“ waren in einer Oktobernacht weit über 1000 Menschen in rund 600 Autos zum Ortstafelstürmen unterwegs, aufgehetzt, gewaltbereit

und zur radikalen „Säuberung“ entschlossen. Die Folge: Am 10. Oktober 1972 gab es praktisch keine zweisprachige Ortstafel mehr im Kärntner Unterland. „Ich wäre heute auch wieder dabei“ erzählte jüngst ein Zeitzeuge dem Nachrichtenmagazin „profil“. Der damalige Bundeskanzler Kreisky bezeichnete die Vorgänge in Kärnten als „größte nazistische Demonstration nach dem Krieg“. Dagegen ist das kleine Grüppchen „Ewiggestriger“ vom ersten Festakt ein netter Haufen alter Männer. Parallelen gibt's aber trotzdem: „Wir lassen uns von Wien nix vorschreiben“ tönten die pensionierten Ortstafelgegner. Jörg Haider fordert einstweilen weiter eine „Streitbeilegungserklärung“: Die Kärntner Slowenenverbände und Slowenien müssten erklären, dass der Artikel 7 des Staatsvertrags, in dem die Minderheitenrechte festgeschrieben sind, erfüllt sei. Frei von jedem realen Bezug. Bundeskanzler Schüssel unterstützt diese Taktik, indem er nicht zur Umsetzung des Staatsvertrags drängt sondern immer wieder zu „Konsenskonferenzen“ lädt. Auf einer Konferenz zum Thema Minderheitenpolitik in Kärnten sollte aber nicht diskutiert werden, ob – sondern wie und mit welchen Begleitprojekten die seit fünfzig Jahren fehlenden zweisprachigen Ortstafeln aufgestellt werden. Eine Frage stellt sich angesichts unzähliger „Konsenskonferenzen“, wo darüber gefeilscht wird, ab wieviel Prozent Anteil slowenischsprachiger KärntnerInnen eine Ortstafel anzubringen sei: Warum ist es nicht möglich, ohne kolonialistische Gnadensakte – wie dies Bundespräsident Fischer mit seinem Ruf nach „guten Willen“ seitens der Regierenden in der „Causa Ortstafeln“ tat – einen geschichtlich gewachsenen Kulturraum als existent zu respektieren?

Wer jetzt – ohne Aufarbeitung der Repression gegen Slowenischsprachige durch die „deutschkärntner Mehrheitsbevölkerung“ – nach einer Minderheitenfeststellung schreit, wie das unter anderem der Kärntner LH Haider tut, beschwört die „alten Geister“: 1970 – in Kärnten wurde gerade die 50-Jahre-Feier der Abstimmungsereignisse 1920 zelebriert – wurden Transparente hochgehalten, auf denen die „Minderheitenfeststellung“ gefordert wurde, die „Gleichberechtigung für die Mehrheit“ und „Toleranz ja – weitere Geschenke nein“.

**Da haben sich Jörg Haider und KHD-Obmann Josef Feldner wohl etwas abgeschaut:**

„Chancengleichheit für die deutschsprachige Mehrheitsbevölkerung“ steht etwa auf der Homepage des Kärntner Heimatdienstes, „man müsse auch auf die Interessen der Kärntner Mehrheitsbevölkerung Rücksicht nehmen“, begründete Jörg Haider seine Weigerung, mehr als die in der Verordnung von 1977 festgeschriebenen Ortstafeln aufzustellen. Wie kommt

# Ich bin dabei...

...weil wir gemeinsam  
mehr erreichen  
können.

Die Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) vertritt die Interessen aller ArbeitnehmerInnen, Angestellten, Lehrlinge, SchülerInnen und StudentInnen.

Es gibt vieles, für das es sich lohnt,  
**organisiert zu sein.**

GPA-Mitglieder haben's besser. Überzeugen Sie sich selbst:

[www.gpa.at](http://www.gpa.at)

**GPA**  
GEWERKSCHAFT DER  
PRIVATANGESTELLTEN

es, dass Jörg Haider sich vier Jahre lang einem Spruch des obersten Gerichtshofs bewusst und willentlich widersetzen kann? Wie kann es gelingen, dass genau die Topografieverordnung (diese Verordnung von 1977 beinhaltet eine 25% Klausel, die vom Verfassungsgerichtshofs als zu hoch erkannt wurde) 2005 plötzlich umgesetzt wird? Ein ähnliches Versehen wie der fehlende Haček? Aber vor allem: Wie kann dieser Umstand in der Öffentlichkeit als „Erfolg“ gefeiert werden? Bundeskanzler Schüssel: „So weit wie heute waren wir noch nie!“ und meint damit, dass Kärntner Heimatverbände und Slowenenorganisationen an einem Tisch im Bundeskanzleramt sitzen. Jörg Haider hingegen will unbedingt zählen lassen. Die Heimatverbände auch. Aber warum? Weil ein Gutteil der slowenischsprachigen Bevölkerung von den NationalsozialistInnen deportiert wurde? Weil die übrigen – davon Bedrohten – sich tunlichst bemühten, nicht als Slowenischsprachige erkannt zu werden? Weil schon vor dem zweiten Weltkrieg eine brutale Germanisierungspolitik betrieben wurde? Der slowenische Staatssekretär Franc Pukšič meint, dass seit der Unterzeichnung des Staatsvertrages ein „grundlegender und unersetzlicher Rückgang der Anzahl der Angehörigen der slowenischen Volksgruppe“ stattgefunden habe. Dies sei nicht zuletzt auf die Nichtberücksichtigung der im Artikel 7 festgehaltenen Minderheitenrechte zurückzuführen, so Pukšič. Noch ein Kuriosum der Kärntner Geschichte hat dazu beigetragen, dass die Zahl der slowenischsprechenden KärntnerInnen zurückging: Die Erschaffung einer künstlichen Volksgruppe – der „Windischen“. Der lange als Direktor des Kärnt-

ner Landesarchivs tätige „Historiker“ Martin Wutte war der deutschnationale Hauptideologe der sogenannten „Windischentheorie“: Laut Wutte bildeten die „Kärntner Windischen“ eine „im Gegensatz zu nationalen Slowenen stehende Mittelschicht, die nach Abstammung und Sprache einen Mischtypus darstellen, aber durch ihre Schicksals-, Lebens- und Kulturgemeinschaft mit den Deutschen sowie durch ihre gefühlsmäßige Einstellung und ihr ablehnendes Verhalten gegenüber den slowenischnationalen Bestrebungen völkisch viel eher zu den Deutschen als zu den Slowenen gehört.“

**Lange wurde mit dieser Argumentation die slowenischsprachige Minderheit in Kärnten „weggezählt“ bis die „Windischentheorie“ als deutschnationale Assimilationstheorie erkannt wurde.**

Heute sprechen deutschnationale Agitatoren wie der Kärntner Heimatdienst oder der Kärntner Abwehrkämpferbund noch immer von den „braven Windischen“, die damals zum Heimatland gehalten hätten.

Und Kärnten beweist sich weiterhin als weißer Fleck in der österreichischen Demokratie. Oder: Wenn Österreich den Staatsvertrag nicht einhält, stellt es sich selbst die Frage, ob es überhaupt ein Staat ist, denn die österreichische Staatlichkeit beruht eben auf diesem Vertrag. Nicht nur symbolisch. ...

# Kein Kind beschämen!

ZUKUNFT TROTZ(T) HERKUNFT: SCHULE KANN IHRE BESTEN FÜR SPITZENLEITUNGEN QUALIFIZIEREN, GLEICHZEITIG ABER DAFÜR SORGEN, DASS DER ABSTAND DER SCHWÄCHSTEN SCHÜLERINNEN ZU DEN BESTEN GERING IST. WER DAS NICHT WILL, ÖFFNET DIE „AUSLÄNDERKISTE“.



**Martin Schenk** ist  
Sozialexperte der Diakonie  
und Mitinitiator der Armuts-  
konferenz.

→ Selina hat gerade ihren Hauptschulabschluss gemacht. Vor über einem Jahr war die junge Frau vom österreichischen Schulsystem bereits abgeschrieben worden. Sie wäre es noch immer, wenn es da nicht die Pädagoginnen des Vereins Ibisok gegeben hätte, die Hauptschulabschlusskurse für benachteiligte Jugendliche anbieten. Die Kurse sind kostenlos, da sich der Verein an junge Menschen wendet, die keine ausreichenden Mittel haben.

## **Was zwingt junge Leute ins Out, obwohl sie alle Möglichkeiten in sich tragen, zu lernen und sich zu entwickeln?**

Selina will jetzt noch einer weitere Ausbildung machen. Sie hat gut und richtig schreiben gelernt, was ihr vorher immer schwer gefallen ist. Da verschwinden offensichtlich Jugendliche bloß wegen ihrer sozialen bzw. ethnischen Herkunft im Bildungs-Abseits. Da hängt die Zukunft von der Herkunft ab. Nirgends wird die soziale Vererbbarkeit von Zukunftschancen – eine Erbllichkeit, die nicht genetisch, sondern soziokulturell bestimmt ist, – deutlicher als in der Verfasstheit des Schulsystems. Das Haushaltseinkommen bestimmt in Österreich maßgeblich den Bildungsweg der Kinder. Je weniger die Eltern verdienen, desto eher wechseln die Kinder nicht in die AHS-Unterstufe – auch wenn sie laut Volksschulzeugnis die AHS-Reife gehabt hätten. Das setzt sich fort über die Oberstufe bis zum Studium. Im internationalen Vergleich erbringt das österreichische Schulsystem nur eine mittelmäßige Gesamtleistung bei riesigen Leistungsunterschieden.

Der Typ Sozialstaat österreichischer wie auch deutscher Prägung schafft es nicht trotz insgesamt guter sozialer Sicherung, die Aufstiegschancen einkommensschwächerer SchülerInnen zu verbessern. Wie ein Fahrstuhl („Fahrstuhleffekt“ © Soziologe Ulrich Beck) wird die Gesellschaft in die Höhe gefahren, was auch die unteren Schichten zu höherem Lebensstandard führt, die Unterschiede aber relativ konstant und die soziale Durchlässigkeit relativ gering belässt.

Droht nun einmal ein Zementbrocken dieser ständischen Organisation des Sozialen herauszubrechen, wird sofort gemauert. Und die Ausländerkiste geöffnet. Es gibt keinen wirksameren Mörtel, keinen bessern Kitt, um die bedrohte Position zu befestigen als „Ausländer“. Wer ist also Schuld am schlechten Abschneiden bei PISA? Dreimal geraten: „die Ausländerkinder“. Wer sagt das am lautesten? Dreimal geraten: diejenigen am oberen Ende der Schulleiter, die AHS-VertreterInnen – und auch der Bundeskanzler. Sie sind über das Abschneiden der AHS zufrieden, weil sie bei der Förderung der ohnehin einkommensmäßig und sozial bevorteilten SchülerInnen nicht versagen.

„Finnland hat ja nur wenige Kinder, die die Unterrichtssprache nicht beherrschen, da können die leicht PISA-Sieger im Lesen werden“, eine der hundert Ausreden, warum im Schulsystem zwischen „unten“ und „oben“ nichts verändert werden muss. Die kanadische Provinz Alberta mit 21% MigrantInnenkindern liegt in „Mathematik“ vor dem PISA-Sieger Finnland, im „Lesen“ mit Finnland gleich und in „Naturwissenschaften“ unter den besten vier. 13% der Kinder sprechen in Kanada die Unterrichtssprache nicht zu Hause. 9% in Österreich.

Die Spitzenleistungen der 15-jährigen im Lesen werden in Kanada nicht nur von SchülerInnen, deren Eltern im Inland geboren sind, angeführt, sondern auch von SchülerInnen, die als Nachkommen von Einwanderern geboren wurden. Neben den höher qualifizierteren MigrantInnen setzt sich die kanadische Einwanderung zur anderen Hälfte auch aus weniger qualifizierten Familienangehörigen und Flüchtlingen zusammen. Die zweite Hälfte wird in den europäischen Diskussionen gerne unterschlagen.

Gute Ergebnisse von Kindern, die die Unterrichtssprache nicht zu Hause sprechen, sind nicht nur in Kanada zu beobachten. In „PISA-Ländern“ mit hohem Anteil an SchülerInnen mit Migrationshintergrund schneiden diese SchülerInnen nicht schlechter ab als in Ländern mit geringem Anteil. Die Größe des Anteils von MigrantInnen an der GesamtschülerInnenzahl kann nicht als Erklärung für die großen Leistungsunterschiede herangezogen werden.

## **Für Österreich: 80% der SchülerInnen, die die schlechtesten Ergebnisse beim Lesen zeigten, sprechen zu Hause Deutsch. Hier ist nicht der ethnische, sondern der sozial-ökonomische Hintergrund bestimmend.**

In Finnland (6%), Schweden (13%) und den Niederlanden (11%) finden sich deutlich weniger SchülerInnen am unteren Ende der Leistungsverteilung. Gleichzeitig erreichen 15 Prozent der finnischen, 11 Prozent der schwedischen und 9 Prozent der niederländischen SchülerInnen mit Level 5 den obersten Leistungsbereich im Lesen. Spitzenleistungen und geringe Streuung der Ergebnisse schließen einander nicht aus. Die Förderung von Spitzenleistungen muss nicht auf Kosten der Förderung von schwachen SchülerInnen gehen. Vielmehr können Schulsysteme ihre Besten für Spitzenleistungen qualifizieren, gleichzeitig aber dafür sorgen, dass der Abstand der schwächsten SchülerInnen zu den besten gering ist.

In den Ländern, in denen die Aufstiegschancen für Kinder aus sozial schwachen Familien besser gewährleistet werden, wird vor allem die starke individuelle Förderung von Kindern in relativ heterogenen Gruppen praktiziert. In der erfolgreichen



*Wie ein Fahrstuhl wird die Gesellschaft in die Höhe gefahren, meint Soziologe Ulrich Beck* Foto: Marcell Nimführ

kanadischen Provinz Alberta gibt es eine gemeinsame Vorschule für alle Kinder – keine die nach Sprachkönnen selektiert. Auch hier gilt wieder: In heterogenen Gruppen individuell fördern. Und nicht: homogene Ausländergruppen mit Sprachunterricht bilden. In der gemeinsamen Vorschule werden die Muttersprache und die Unterrichtssprache gefördert, weil sprachwissenschaftlich erwiesen ist, dass wer seine Muttersprache kann, auch viel leichter eine neue Sprache erlernt. In Alberta gibt es abgesehen von Sondereinrichtungen für schwer behinderte Kinder keine vom Schulsystem vorgesehene Selektion während der Pflichtschulzeit. Es besuchen alle 6 bis 15-jährigen miteinander die ersten sechs Jahre die Primary School und dann ebenso die nächsten drei Jahre die Junior High School. Wahrscheinlich wäre Selina da nicht im Bildungs-Out verschwunden.

**Die Schulorganisation allein macht aber noch keine gute und sozial durchlässige Schule. Das hängt immer davon ab, was in der Schule qualitativ passiert.**

In Alberta gibt es keine starren 50 Minuten-Einheiten, sondern Themenflächen und eine durchgehende Fächerauflösung im Kernunterricht, die Schulen haben ein breites Angebot an Wahlpflichtfächern, Projekt- und Teamarbeiten. Das hilft individuell Schwächen zu beheben und Stärken auszubauen. Ganze Jahrgänge wiederholen, findet man pädagogisch dumm und Noten gibt es erst in den letzten Pflichtschuljahren.

In Alberta weisen die PädagogInnen von der Vorschule an einen universitären Abschluss auf, sie sind mit einem breiten didaktischen Instrumentarium ausgestattet, 40 Tage Fortbildung im Jahr sind Pflicht. Und im Team zu arbeiten ist einfach besser als Einzelkämpfertum mit Burn-Out Risiko.

Als ich Ende September in Finnland war, dessen Schulsystem ähnlich Kanadas ist, besuchte ich eine Schule im Osten Finnlands, in einer Region mit relativ hoher Arbeitslosigkeit und sozialen Problemen. Als ich die Direktorin fragte, was ihre Schule denn ausmache, zeigte sie auf zwei Bilder hinter sich an der Wand, dort waren in finnisch zwei kurze Sätze gerahmt. Das ist mir wichtig, sagte sie: „Keinen Schüler aufgeben“ und „Kein Kind beschämen“.

Selina ist nicht aufgegeben worden. Sie hat Glück gehabt, dass sie auf die PädagogInnen von Ibisok gestoßen ist. Aber vom Glück soll es wohl nicht abhängen, dass es für Jugendliche Zukunft gibt – trotz Herkunft. -----

# Festgeschrieben

JEDE NATION BRAUCHT IHRE MYTHEN. DIESE KULTURELLEN UND HISTORISCHEN ÜBERLIEFERUNGEN DIENEN EINER GESELLSCHAFT ALS IDENTIFIKATIONSMOMENTE.



**Christian Pape** ist Mitglied der MOMENT-Redaktion.  
christian.pape@moment.or.at

→ Die Erinnerung wird als gemeinsame Vergangenheit codiert und verschafft sich über Denkmäler, Gedenkfeiern und im österreichischen Jubiläumsjahr einen Platz in der öffentlichen Wahrnehmung. Dadurch wird eine Wir-Identität geformt. Vergangenheit ist immer Konstruktion und somit sollte eine Beschäftigung mit ihr auch immer eine Dekonstruktion des Erinnerungsobjektes oder zumindest eine kritische Reflexion beinhalten. Negative Aspekte der Vergangenheit sollten gerade in Österreich nicht vernachlässigt werden. Dieser Grundsatz, so sollte man meinen, ist in Österreich politischer und gesellschaftlicher Konsens.

## Vom Opfermythos zur Mitschuldsthese, oder doch lieber umgekehrt?

Eines Besseren werden wir jedoch schon auf den ersten Seiten der vom Bundeskanzleramt herausgegebenen Broschüre „Österreich 2005. Ein Gedenkjahr“ belehrt. Hier wird das Ende der „nationalsozialistischen Zwangsherrschaft“ bejubelt. Es wird so suggeriert, dass Österreich gegen seinen Willen an Nazideutschland angeschlossen wurde. Ein willenloses Volk ohne Macht war auch die Rechtfertigung der provisorischen Regierung angesichts der Mitschuldsklausel. Die Opferthese steht im krassen Gegensatz zur historischen Realität. Es gab eine breite Zustimmung zum Anschluss und ein großes identifikatorisches Ausmaß mit dem Kriegsdienst in der Wehrmacht. Nicht zu vergessen: die Massenkundgebungen am Heldenplatz, der triumphale Empfang der Deutschen Wehrmacht und die Rolle von Österreichern als führende Funktionäre im Nationalsozialismus. Wo bleibt die Erwähnung eines österreichischen Antisemitismus, der ja nicht erst mit dem Anschluss begann, sondern bereits in der Ersten Republik vor allem in seiner katholischen, christlichsozialen Ausprägung fixer Bestandteil war? Wo die Erwähnung der Beteiligung von Österreichern an antijüdischen Ausschreitungen? Die Argumentation der „Zwangsherrschaft“ und in ihrem Gefolge die Opferthese gründet sich in der Unabhängigkeitserklärung und in der Berufung auf die Moskauer Deklaration. Im Text wird auch festgestellt, dass Engelbert Dollfuß die NSDAP verbieten ließ. Es fehlt jedoch der Hinweis, dass Dollfuß in Österreich ein faschistisches System mit stark klerikalen Elementen installierte, das Parlament entmachtete und ein Lager für politische Gefangene errichten ließ. Er ebnete den Weg für den Nationalsozialismus. Es wird mit keinem Wort erwähnt, dass er die Sozialdemokratie verbieten ließ. Hier wird die Wahrheit wohl keine Tochter der Zeit sein, denn an diesen Tatsachen ändert auch nichts, dass Dollfuß während eines nationalsozialistischen Putschversuchs erschossen wurde und noch heu-

te als heroischer Kämpfer gegen Hitler dargestellt wird, und sein Antlitz so mancher Wände Schmuck ist.

## Jubel, Trubel, Heiterkeit

Wo Österreich drauf ist, muss Musik drin sein, so werden Karl Böhm und Herbert von Karajan als erste Direktoren der Wiener Staatsoper genannt. Beide stellten sich noch ein paar Jahre zuvor bedenkenlos in den Dienst der Nationalsozialisten. Österreich wird unter Zuhilfenahme der Staatsoper, des Burgtheaters und der Spanischen Hofreitschule als Kulturnation bejubelt, in der Mozartkugeln vom Himmel regnen und Lipizzaner in den weiten Wiesen Wiens weiden. Eine Jelinek hat in diesem Garten Eden verständlicherweise keinen Platz.

Ein historisches, kritisches und reflexives Hinterfragen der Jubiläen fehlt leider vollkommen, stattdessen werden der Opfermythos und Österreich als Kulturnation im Herzen Europas propagiert. Die Opferthese fand noch im Jahre 2000 prominente Unterstützung, als Wolfgang Schüssel in der Jerusalem Post (!) den Standpunkt vertrat, dass nicht nur Österreich als souveräner Staat, sondern auch die Österreicher das erste Opfer Hitlers waren. Wer sagt heute wohl – „Lernen Sie Geschichte, Herr Schüssel“?

In diesem Sinne – Alles Gute Österreich! \_\_\_\_\_

Von: **MOMENT-Redaktion** <redaktion@moment.or.at>  
An: **Peter Rabl** <peter.rabl@kurier.at>  
Gesendet: **11. Juni 2005, 10:12 Uhr**

Betreff: **Herr Rabl: Wer ist „Ihresgleichen“?**

Ein afrikanischer Journalist schrieb dem „Kurier“ ein angriffiges Email, nachdem dieser – im Gegensatz zu anderen Medien – nicht über den rassistischen Übergriff auf den Antirassismusaktivisten Di Tutu Bukasa berichtet hatte. Das Email enthielt berechnete Anfragen und war in der Kritik am „Kurier“ teilweise sehr überzogen. In ihrer emotionalen Antwort unterstellten Sie dem Journalisten, er wolle den „Kurier“ von der Berichterstattung über afrikanische Drogenkriminalität abhalten.

Eigenartig: Ein Journalist bekrittelt mangelnde Berichterstattung und bekommt den Vorwurf, zu versuchen, Berichterstattung zu unterbinden. Dankenswerter Weise haben Sie ihre Antwort auch an einen Mailverteiler gesendet und uns so die Beschäftigung mit ihren bemerkenswerten Aussagen möglich gemacht. Sie schrieben: „Vielleicht sollten Sie und Ihresgleichen sich eher mit dem kriminellen Phänomen und weniger mit der Berichterstattung darüber auseinandersetzen.“ Dazu muss man wissen, dass der Journalist einen französischen Namen trägt und sich als Chefredakteur von Radio Afrika International sowie koordinierender Redakteur von Afrikanet.info zu erkennen geben hat.

Ihnen ist gewiß der Dritte Österreich-Bericht der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europarates bekannt, der heuer veröffentlicht wurde. (Ein kurzer Artikel findet sich auf Seite 38.) In dem Report wird mit Sorge festgestellt, „dass die Presse zu einer gewissen ‚Ethnisierung‘ von Verbrechen beigetragen hat, wobei insbesondere Schwarzafrikaner mit dem Drogenhandel [...] in Verbindung gebracht werden.“ Die ExpertInnen des Europarates empfehlen, dieser Entwicklung mit „selbstbeschränkenden Verhaltensregeln“ und ausgewogenen Positiv-Meldungen entgegen zu wirken. AfrikanerInnen sollten in der gewöhnlichen Berichterstattung verstärkt in Erscheinung treten, damit bei LeserInnen nicht der Eindruck entstehe, dass diese nur als DealerInnen vorkommen. Auf diese Problematik hat Sie der Journalist aufmerksam gemacht.

Diese Kritik zu entkräften, indem Sie jemandem, der sie vorbringt, mangelnde Beschäftigung mit der Drogenproblematik vorhalten, kann nicht ihr Ernst sein. Dies gegenüber jemandem zu tun, von dem sie ausgehen müssen, dass er mit hoher Wahrscheinlichkeit selbst Afrikaner ist, ist eine atemberaubende Unsensibilität, da Sie sein Anliegen und seine Person aufgrund der Hautfarbe delegitimieren. Schwarze Menschen für das Drogenproblem zur Verantwortung zu ziehen ist rassistisch.

Deshalb empfehlen wir Ihnen nicht, sich mit der Alkoholproblematik auseinanderzusetzen statt beleidigende Emails zu schreiben. Aber wir empfehlen Ihnen als Herausgeber des „Kurier“ ein höheres Maß an Verantwortung für ihre Texte wahrzunehmen und für sich selbst zu überprüfen, was ihnen da herausgerutscht ist.

Wir denken, das wird zu einer Entschuldigung bei Ihrem Journalistenkollegen führen.

mit freundlichen Grüßen, die Redaktion

## Kekse mit Prokop

→ Wer sich erinnert, dem fallen unweigerlich Parallelen zur „Bussi-Bussi-Drehtür-Politik“ der ehemaligen Sozialministerin Lore Hostasch auf: Bei ihr gab es immer Kekse, Kaffee und nette Gespräche, von denen man mit einem angenehmen Gefühl aufgestanden ist. Erst im Lift bemerkte man, dass nichts erreicht wurde.

Innenministerin Prokop redet mit allen. Von Innenminister Strasser bleibt sein angriffslustiges Unterkinn in Erinnerung, dass er dem Gegenüber trotzig und herausfordernd entgegen reckte. Liese Prokop hingegen spielt mit der Versprechung der mütterlichen Fürsorge. Wirkt sie nicht, als liesse sie der Anשמיעung Bedürftige gewähren, deren Wangen an ihr Herz zu kosen? Um zu flennen was geht? Endlich wird auch den NGOs wieder zugehört. Endlich Kaffee und Kuchen statt biblischem

Zorn. Die Organisationen haben es ihr mit Vertrauensvorschuss gedankt. Trotz der Veröffentlichung einer indiskutablen „Diskussionsgrundlage“ für das neue Asylgesetz wollte keine Kritik an der Ministerin laut werden.

Mit dem Begutachtungsentwurf von Prokops neuem Asylgesetz kam der Schock: Mindestens 11 Verstöße gegen die

Genfer Konvention zählt das UN-Flüchtlingshochkommissariat UNHCR. Der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes zählte 50 verfassungsrechtlich bedenkliche Bestimmungen im Entwurf. Das ärgste Asylgesetz, das es je gab. Nur wenige Bedenken wurden berücksichtigt. Wie auch immer der Koalitionspartner der ÖVP gerade heissen mag, die Menschenrechte sind es nicht. Deshalb ist die Forderung nach einer versperrbaren Schublade für dieses Gesetz nicht zufällig laut geworden. Oder wie es der Chef einer Betreuungsorganisation ausdrückte: Eine ÖVP-Alleinregierung mit bezahlten Abstimmern muss dieses Gesetz nicht aus Koalitionsrason beschliessen. -----



**Philipp Sonderegger** ist  
Sprecher von SOS Mitmensch.  
phs@sosmitmensch.at

# BekennerInnenbriefe

Der ORF-Report bewarb einen Bericht über Drogenhandel damit, dass sich „*erstmalig Afrikaner von drogendealenden Afrikanern distanzieren*“ und zugaben, dass Drogenhandel ein Verbrechen ist. MOMENT hat diese tolle Idee aufgegriffen.

Wenn auch Sie sich distanzieren wollen, schreiben sie am Besten einen Bekennerbrief mit ihrer Lieblingsdistanzierung an eine Zeitung, in der AfrikanerInnen nur als Drogendealer vorkommen. Auch Anrufe beim Kundendienst des ORF werden protokolliert und ausgewertet. MOMENT freut sich über Kopien: [bekennerInnenbriefe@moment.or.at](mailto:bekennerInnenbriefe@moment.or.at)



Fotografien: Kramer

„Obwohl ich selbst Europäer bin, habe ich noch nie Handgranaten oder Landminen an Bürgerkriegsgruppen geliefert und mir mit dem Gewinn einen dicken Mercedes gekauft. Oder teure Gucci-Anzüge. Ich distanziere mich von allen europäischen Waffendealern.“

„Wirtschaftsbetrug ist ein ernsthaftes Problem. Nicht alle Unternehmer sind Wirtschaftsbetrüger, aber alle Wirtschaftsbetrüger sind Unternehmer. Ich selbst habe noch nie Betrug begangen und distanziere mich in aller Form von denen, die der Allgemeinheit durch Betrug schaden.“

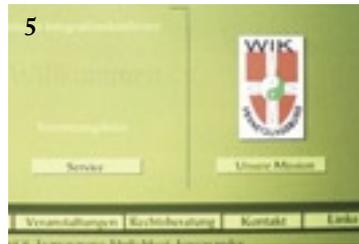


„Ich gebe ja zu: Vergewaltigung ist ein Männer-Problem. Praktisch alle Vergewaltiger sind Männer. Und ich distanzieren mich: Obwohl ich ein Mann bin, habe ich selbst noch niemanden vergewaltigt und ich habe auch mit Vergewaltigern nichts zu tun.“



„Ich als Katholikin distanzieren mich vom Umbringen. Obwohl ich selbst Katholikin bin, habe ich noch nie jemanden umgebracht. Und ich gebe es zu: Es sind zwar nicht alle österreichischen KatholikInnen MörderInnen, aber fast alle österreichischen MörderInnen sind KatholikInnen.“

# Shaking News



## 1 Vorn dabei

Der dritte Bericht der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) liegt vor. Rassismus und Diskriminierung würden in vielen Bereichen noch immer das tägliche Leben der Angehörigen von Minderheiten beeinträchtigen, so die ExpertInnen des Europarates. Insbesondere betroffen: Afrikaner, Muslime und Roma. Auch Vorfälle von Antisemitismus sind für ECRI nach wie vor Anlass zur Sorge.

Gründe für die unbefriedigende Situation: Die noch immer deutliche Unterscheidung zwischen ÖsterreicherInnen und EU-BürgerInnen einerseits und Drittstaatsangehörigen andererseits wirke sich negativ auf die soziale und politische Integration der österreichischen Gesellschaft aus. Außerdem habe Österreich verschiedene, für die Bekämpfung von Rassismus und Intoleranz relevante internationale Verträge noch nicht ratifiziert. Der Bericht habe auch die Kriminalisierung von AsylwerberInnen und MigrantInnen hervor-

Zuwanderungs- und Asylfragen würden in vielen Medien im Ton des Sensationsjournalismus gehalten.

Besonders besorgt zeigt sich der Bericht, dass die Presse zu einer *Ethnisierung* von Verbrechen beigetragen habe, wobei insbesondere Afrikaner mit dem Drogenhandel und Osteuropäer mit Formen der organisierten Kriminalität in Verbindung gebracht werden. [www.coe.int/ecri](http://www.coe.int/ecri)

## 2 Mitten drin

An jedem dritten Wiener Häuserblock sind rassistische Schmierereien wie *Nigger raus* oder *Tötet Neger* zu finden. In der veröffentlichten Meinung fehlt die Darstellung von AfrikanerInnen abseits des Drogendealers oder Asylmißbrauchers. Es sind also keine ideologisch fehlgeleiteten Jugendlichen, die den Antirassismus-Aktivistin Dr. Di Tutu Bukasa am 13. April beschimpft und brutal niedergeschlagen haben: Auch wenn die Anwendung von Gewalt keine zwingende Folge der ablehnenden

Stimmung gegen Afrikaner ist, mit ihrem Schlachtruf „*Geh zurück nach Afrika, Bimbo!*“ befinden sie sich in der Mitte des gesellschaftlichen Klimas. [www.afrikanet.info](http://www.afrikanet.info)

## 3 Faule Erdbeeren

Vom 5. bis 12. März 2005 fuhr eine internationale Delegation mit TeilnehmerInnen aus der Schweiz, Österreich, Norwegen und Deutschland nach Andalusien (Südspanien). Die auch von SOS Mitmensch mandatierte Delegation besuchte zwei andalusische Provinzen, die für ihre intensive Gemüse- bzw. Beerenobstproduktion bekannt sind: die Gewächshausregion von Almeria/El Ejido und die Provinz Huelva. Gegenstand der Untersuchung waren das agroindustrielle System dieser beiden Gebiete, seine Auswirkungen auf die Umwelt und vor allem die sklavenähnlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen der dort tätigen ArbeitsmigrantInnen. Tragische Aktualität erhielt die Delegation durch den Mord an eine marokkanischen Gewerk-

schafter, der sich engagiert gegen die Ausbeutung der nordafrikanischen und osteuropäischen ArbeiterInnen wehrte und einer rassistischen Aggression zum Opfer fiel. [www.sosmitmensch.at](http://www.sosmitmensch.at)

## 4 Relaxed Relaunch!

[www.sosmitmensch.at](http://www.sosmitmensch.at) – Der lange geplante Relaunch der Website von SOS Mitmensch ist online. Sie ist nun als Newswire für die Arbeitsschwerpunkte von SOS Mitmensch angelegt. Die rund 20 Artikel wöchentlich gliedern sich in die Themen Asyl, Migration & Integration, Demokratie & Recht, Antirassismus und Sozialbewegung. Erhältlich sind zum Teil Special Interest- und Hintergrundinformationen wie Dokumente oder Berichte im Original zum Nachlesen. Wichtige Ereignisse werden redaktionell berichtet, zum Teil werden einfach Aussendungen von zivilgesellschaftlichen Einrichtungen übernommen. Und dazwischen finden sich immer wieder interessante Analysen und Kommentare. Technisch ba-

siert die Seite auf dem Open-Source-Redaktionssystem „Antville“, welches auch vom ORF verwendet wird. Das stilsicher zurückhaltende Design stammt von Herwig Bachmann.

---

## 6 Volles Haus

Das *Wiener Schauspielhaus* und die *Armutskonferenz* initiierten im Herbst 2003 die Aktion *Hunger auf Kunst und Kultur* als politisches Statement: Kunst als soziales Grundbedürfnis sollte für alle zugänglich und erreichbar sein. Im Schauspielhaus werden seitdem über Spenden Eintrittskarten finanziert, die gegen Vorlage des *Kulturpasses* an der Abendkasse unentgeltlich eingelöst werden können. Die Vergabe des *Kulturpasses* wurde über das Netzwerk der Armutskonferenz organisiert. Ein Jahr später waren schon sechs andere KulturveranstalterInnen dabei: Der *Kulturpasses* gilt seither auch in der *Alten Schmiede/Kunstverein Wien*, im *Dschungel Wien*, in der *Kunsthalle Wien*, der *Sammlung Essl*, der *Volksoper Wien* und im *wienXtra-cinematic Kinderkino*. Seid kurzem können sich die Initiatoren über insgesamt 15 beteiligte Kultureinrichtungen freuen! Auch *Arnold Schönberg Center*, *Klangforum Wien*, *Museum Moderner Kunst Stiftung Ludwig*, *Porgy & Bess*, *Secession*, *Tanzquartier Wien*, *Volks-theater* und *Vienna's English Theatre* haben ihre Türen geöffnet für die, die sich den Eintritt nicht leisten können. [www.armutskonferenz.at](http://www.armutskonferenz.at)

---

## 8 Operation Spring

„Im Morgengrauen des 27. Mai 1999 stürmen 850 Polizisten Wohnungen und Flüchtlingsheime in ganz Österreich. Der Codename der Polizeiaktion ist *Operation Spring*, es ist die größte kriminalpolizeiliche Aktion seit 1945, verbunden mit dem ersten große Lauschangriff. Insgesamt werden an die 100 Afrikaner verhaftet.“ So beginnt der 94-minütige Dokumentarfilm von Angelika Schuster und Tristan Sindelgruber. Bei der heurigen Diagonale wurde er uraufgeführt, Kinostart ist am 23. September im Wiener Stadtkino.

Die *Berliner Zeitung* meint: „Dabei wird ein Justizskandal erkennbar, der eigentlich die Republik erschüttern müsste: Die Gewaltenteilung wird in Österreich zu Gunsten der Polizei suspendiert. Die Justiz prüft nicht mehr, was die Kollegen von der Exekutive vorbringen: dubiose Übersetzungen, verschwommene Videos, verummte Zeugen. In einer aufgeklärten Republik müsste ein Film wie *Operation Spring* eine Debatte über den Zustand der Rechtskultur auslösen.“ [www.operation-spring.com](http://www.operation-spring.com)

---

## 7 Europa auch!

UN-Sonderbotschafterin Waris Dirie widmet sich in ihrem neuen Buch „Schmerzenskinder“ (erschienen bei Marion von Schröder) dem Thema weiblicher Genitalverstümmelung in Europa. Sie erzählt von Begegnungen mit Opfern und Tätern, von den mühsamen Recherchen, von Rückschlägen und Erfolgen. Unterstützt wurde sie in der Recherche von der MOMENT-CR Lea Friessner und den Wiener Journalistinnen Corinna Milborn und Julia Raabe. [www.waris-dirie-foundation.com](http://www.waris-dirie-foundation.com)

---

## 5 Neu in Wien

Das Vernetzungsbüro der Wiener Integrationskonferenz hat Räumlichkeiten am Arthaberplatz bezogen und seine Arbeit aufgenommen. Das Vernetzungsbüro soll als Hilfestelle, Betreuungsort und Adresse aller MigrantInnen dienen. Es soll eine aktive Brücke zu den anderen politischen Institutionen und Organisationen sein. Das WIK-Vernetzungsbüro hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Wiener MigrantInnenorganisationen zu unterstützen: Mit Rat und Tat – etwa bei Förderansuchen oder der Abwicklung von Projekten. Aber auch mit Infrastruktur. [www.wik-vernetzungsbuero.at](http://www.wik-vernetzungsbuero.at)

# dieasylwette.at

Wetten, dass ihr Fremdenrechtspaket nicht Verfassungskonform ist, Frau Ministerin Prokop! Wenn Sie trotz aufrechter und konkreter Bedenken behaupten, alle problematischen Bestimmungen seien repariert, dann schlagen Sie ein. Wenn Sie nicht mit einem persönlichen Einsatz für ihr Werk einstehen können, dann betreiben sie ein leichtfertiges Spiel mit dem Schicksal von Flüchtlingen.

Und so funktioniert die Asylwette:

1. Ihr Einsatz für Menschenrechte: Machen Sie eine Spendenzusage für „Hemayat – Verein zur Betreuung von Folter- und Kriegsüberlebenden“ in einer Höhe zwischen 1 und 1000 Euro. Die Summe aller Spendenzusagen ergibt unseren Wetteinsatz.
2. Sobald wir die Summe von 5000 Euro beisammen haben, bieten wir der Innenministerin die Wette an.
3. Nimmt die Innenministerin die Wette an, werden wir bis zur Beschlussfassung im Parlament – mindestens aber weitere 3 Wochen – Einsätze sammeln. Um einen möglichst hohen Gesamteinsatz zu erzielen.
4. Kippt der Verfassungsgerichtshof das Asyl- und Fremdenpaket, muss die Innenministerin spenden. Hält das Paket der Überprüfung durch den Verfassungsgerichtshof wider erwarten stand, dann geht Ihre Spendenzusage an Kriegs- und Folterüberlebende. Nur wer verliert, zahlt.

Eine Aktion von SOS Mitmensch. [www.sosmitmensch.at](http://www.sosmitmensch.at)



# Geld einwerfen – Ware entnehmen.

So einfach ist das bei den Menschenrechten nicht. Ihre Spende hilft trotzdem.

SOS Mitmensch ist eine Pressure Group, die sich lautstark und tatkräftig für die Durchsetzung der Menschenrechte einsetzt. Ziel ist die Gleichberechtigung und Chancengleichheit aller Menschen.

**Kontrolle, Intervention und Innovation:** SOS Mitmensch beobachtet die Menschenrechtssituation und interveniert bei Fehlentwicklungen. Daneben entwickeln wir auch eigene Vorschläge für Verbesserungen in menschenrechtlich relevanten Bereichen.

**Vernetzung und Unterstützung:** SOS Mitmensch unterstützt Menschen und Initiativen, die Wichtiges leisten. Wir beteiligen uns in regionalen und internationalen Netzwerken.

**Information und Hilfe:** SOS Mitmensch leistet konkrete Hilfe. Und wir organisieren Diskussionsveranstaltungen und Informationskampagnen.

**Organisieren von Gegenmacht:** SOS Mitmensch mischt sich ein. Wir beteiligen uns an der demokratischen Meinungs- und Willensbildung, indem wir auf die Notwendigkeit der Menschenrechte aufmerksam machen.

**SOS Mitmensch, Zollergasse 15, 1070 Wien**

**T 01.524 99 00, F 01.524 99 00-9**

**info@sosmitmensch.at, www.sosmitmensch.at**

**Spenden: PSK 435089000, Konto 89043527**





## Jugend-Los

„Bei der Ausfahrt Asten/St. Florian abfahren, nach 300 m rechts abbiegen, dann sind Sie schon bei uns“, erklärt eine freundliche Stimme am Telefon. „Bei uns“ ist die Außenstelle Asten der Jugendstrafanstalt Linz. Wir wollen Ousman besuchen. Er ist 17 Jahre alt und alleine von Guinea nach Österreich geflüchtet. Beim Betreten des eingezäunten Geländes wird uns mulmig. Ousman wird geholt, und wir können – als Vertreterinnen von SOS Mitmensch – alleine mit ihm sprechen. Ousman erzählt aus seinem Alltag: keine Beschäftigung, weder Arbeit noch Kunst, nicht einmal Sport. Der Personalmangel ist so groß, dass die Jugendlichen 23 von 24 Stunden in der Zelle verbringen müssen: Nur in der Früh dürfen sie für eine Stunde ins Freie. Dreimal wurde Ousman beim Verkauf von „kleinen Mengen weicher Drogen“ erwischt. Beim dritten Mal kommt das Wort „gewerbsmäßig“ ins Spiel und verändert die Lage: Statt nach kurzer Zeit wieder freigelassen zu werden, kommt er vor Gericht und wird zu 12 Monaten unbedingter Haft verurteilt. Der Jugendrichter verspricht ihm, dass er in der Haft Schreiben lernen kann und Deutsch. Der Deutschkurs beginnt tatsächlich, doch wegen Platzmangel wird Ousman in die Außenstelle Asten überstellt. Warum er – nachdem er zweimal festgenommen wurde – wieder gedealt hat? Der Junge greift sich an den Kopf. Ein Typ hat ihm Bargeld für den Drogenverkauf geboten. 50 Euro – zum „Fortgehen und Tanzen“. Für den 17-jährigen ohne Arbeitsbewilligung war die Verlockung zu groß. Fortgehen und Tanzen liegen jetzt in weiter Ferne. In der Zelle, die er sich mit zwei nigerianischen Jugendlichen teilt, gibt es kein Radio, auch keinen Fernseher oder Bücher. Was er den ganzen Tag macht? Schlafen, mit den Zellenkollegen reden, von ihnen Englisch lernen, versuchen, nicht zu verzweifeln oder verrückt zu werden. -----

Eva Nussbaumer, Mitarbeiterin bei SOS Mitmensch, Foto Kramar

## Zwang-Haft

Exakt 9041 Menschen waren im Vorjahr in Österreich in *Schubhaft*. Bei SOS Mitmensch zucken viele bei dem Wort *Schubhaft* zusammen. Viele Asyl Suchende oder deren Bekannte haben es selbst erlebt. Konkrete Geschichten erzählen sie nicht, nur: „Das war das Schlimmste was ich erlebt habe“. Die durchschnittliche Dauer der *Schubhaft* ist knapp 40 Tage, die gesetzliche Obergrenze derzeit noch sechs Monate. Im neuen Asylgesetz soll sie auf zehn Monate angehoben werden. Aber: Die *Schubhaft* ist ein Verwaltungsverfahren, das einzig die Feststellung der Identität oder die Sicherung eines schwebenden Ausweisungsverfahrens zur Aufgabe hat. Und: Es sind dort keine Menschen *in Haft* weil sie eine Straftat begangen haben. Trotzdem ist es auch als NGO schwer Einblick zu bekommen: Ganz selten wird ein Vorfall, wie der angebliche *Selbstmord* des Algeriers Ben Habra Sahauri in der *Schubhaft* Hernalser Gürtel publik. Wirklich herauszufinden, was dort passiert ist, ist unmöglich. Bei allen offiziellen Stellen heisst es: „Wir sind nicht zuständig“. Und dann: „Er hat sich mit einem Leintuch erhängt.“ FreundInnen und Bekannte melden Zweifel an, die *Schubhaft*betreuerin sagt, er habe keine Anzeichen von Selbstmordabsicht gezeigt und sie hätten die weiteren Schritte zu seiner Entlassung besprochen. Jetzt ist ein Mensch weniger in der *Schubhaft* Österreichs. Den politischen Willen, Licht ins Dunkel der *Schubhaft* zu bringen gibt es kaum. Im Gegenteil: Die Asyl Suchenden werden beim Wort *Schubhaft* in Zukunft noch stärker zusammenzucken. Liese Prokop will Traumatisierte in Haft nehmen und Hungerstreikende in der *Schubhaft* zwangsernähren lassen. Statt den offenen Vollzug auszudehnen, wie es ihn in Graz gibt – wo kein einziger Häftling in Hungerstreik getreten ist. Also hat das die Ministerin selbst zu verantworten. Wir bleiben bei der Forderung: *Schubhaft* abschaffen! ..

Lea Friessner, Foto: Marcell Nimführ

## Zivil-Courage

Das Dachgeschoss des *Juridicums* in Wien war heuer Schauplatz der Verleihung des Ute Bock Preises für Zivilcourage an die Plattform *Gerechtigkeit für Seibane Wague*. Eingeladen hatte das Boltzmann-Institut für Menschenrechte mit Gastgeber Dr. Hannes Tretter.

Der *Ute-Bock-Preis* wurde bereits zum fünften mal an Personen verliehen, die sich mit besonderer Courage für die Einhaltung der Menschenrechte verdient gemacht haben. Ute Bock war 1999 die erste, die den Preis, den SOS Mitmensch zur Würdigung ihres Engagement der privaten Flüchtlingshilfe ins Leben gerufen hat, entgegennahm. Die Plattform *Gerechtigkeit für Seibane Wague* entstand nach den Vorfällen im Sommer 2003, als Seibane Wague bei einem Polizei- und Rettungseinsatz zu Tode kam.

Dieses Jahr wurde die Menschenrechtsarbeit der Plattform und das Engagement vieler jungen Menschen, die sich in diese Bewegung involvierten und die ungewöhnlich konstruktive Arbeit zwischen Betroffenen und nicht Betroffenen, ausgezeichnet.

Als Laudator sprach der Verfassungsrechtler Dr. Bernd Christian Funk unter anderem auch über die Aufklärungs- und Wiedergutmachungspflicht des Staates in solchen Fällen. Bis heute – eineinhalb Jahre danach – steht eine vollständige strafrechtliche und politische Klärung der Vorfälle noch aus. Überreicht wurde der Preis – ein Quader aus Messing – stellvertretend für die Plattform an Gerty Lempty und Bossede Baldauf, gemeinsam von Ute Bock und der Vorsitzenden von SOS Mitmensch Nadja Lorenz. Als Zeichen für alle an der Bewegung beteiligten wurde Werner Rotter von der Plattform zur Preisübergabe dazugebeten.

Die Auszeichnung soll einmal mehr das Augenmerk auf die Vorfälle richten und zur Beschleunigung der noch ausstehenden Verfahren beitragen. -----

Marco Liberda, Zivildienster bei SOS Mitmensch, Foto Kramar



# Insel der Menschenrechte

am Donauinselfest

## Fr, 24.06. ALTERNATIVE

Ramacher & Einfalt  
[wa:rum]  
The Staggers  
Peekaboo

Once Tasted Life  
Matt BOROFF  
Tyler

## Sa, 25.06. WELTMUSIK & RAGGA

Drums on Earth  
Captain Nemo Music Band  
mundmusik  
Bitchin' Delilahs  
Hot Schrott

Tres Monos  
Raggamaffia  
Mono & Nikitaman,  
backed by Real Rockers

## So, 26.06. PUNK & SKA

DJ Dice  
The Capones  
No Head On My Shoulders  
PBH-Club

RENTOKILL  
ANTIMANIAX  
J\*A\*N feat. U.D.S.S.R.



[www.sosmitmensch.at](http://www.sosmitmensch.at)

# Rätsel

	9		5	3	1
--	---	--	---	---	---

 verdienen im Durchschnitt 23% weniger als Männer.

Über ein 

4	7	3	9	2	3	8
---	---	---	---	---	---	---

 der AusländerInnen in Österreich ist armutsgefährdet trotz gleich hoher Erwerbsbeteiligung wie Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft.

Die Asylanträge von Jänner bis April 2005 sind gegenüber dem Vergleichszeitraum des vergangenen Jahres um 35% 

10	3		5	1		3	1
----	---	--	---	---	--	---	---

.

Die Zinsen für *Schuldentilgung* von Süden nach Norden betragen jährlich 125 Milliarden US-Dollar. Durch die EU-Agrarpolitik (Exportförderung + Subventionen) gehen dem Süden 300 Milliarden US-Dollar verloren. Die 

10	8				8	3
----	---	--	--	--	---	---

 Entwicklungshilfe beträgt 56 Milliarden US-Dollar weltweit.

80% der SchülerInnen, die in der PISA-Studie die schlechtesten Ergebnisse beim Lesen zeigten, sprechen zu Hause 

3	5	2			
---	---	---	--	--	--

.

Der Erntehelfer aus Polen verdient beim Spargelstechen im 

		9				3	8	
--	--	---	--	--	--	---	---	--

 als Saisonier 4,50 Euro pro Stunde. 160 000 Euro erhält ein Vorstandsmitglied der Erste Bank monatlich als Vergütung.

Die obersten 10% besitzen zwei Drittel der Vermögen in Österreich. Die obersten 1% besitzen 

6	3		9
---	---	--	---

 als 35% des Gesamtvermögens in Österreich.

5	6	4	3	9	2	3	7	8	5	1	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

Die Lösung an [redaktion@moment.or.at](mailto:redaktion@moment.or.at) senden.

Unter den richtigen Einsendungen werden zwei Festivalpässe für die Poolbar #12 ([poolbar.at](http://poolbar.at)) verlost. Einsendeschluss ist der 30.6.2005.

# 4x umsetzen bitte!

## 1. Serie: Seriös sein!

Schon wieder eine gänzlich verunglückte Handhabung von Daten der polizeilichen Ermittlungsarbeit durch das Innenministerium: Wer im kürzlich veröffentlichten Suchtmittelbericht 04 liest, muss den Eindruck gewinnen, der Drogenmarkt sei „fest in der Hand von Afrikanern“. Obwohl nur ein Bruchteil (17%) der angezeigten Delikte BürgerInnen afrikanischer Staaten zugeordnet werden.

Grund dafür ist der Textteil, der dem Datenteil vorangestellt ist. Dieser strotzt vor Vorurteilen und entspricht nicht den enthaltenen empirischen Daten. Eine kurze Analyse belegt diesen Eindruck: Im Textteil gibt es gezählte 27 Benennungen von Tätergruppen als afrikanisch, während die Bezeichnung von Tätergruppen als österreichisch, inländisch oder europäisch insgesamt ganze 4 Mal erfolgt. Von zusammen 24528 angezeigten Delikten sind aber nur 4319 (17,1%) BürgerInnen afrikanischer Staaten zugeordnet worden, während 19174 (78,1%) angezeigte Delikte Österreichern angelastet werden.

Die unseriöse Darstellung kommt durch die fehlende Systematik und Einheitlichkeit im Textteil zustande. Einmal werden Verdächtige ihren Herkunftsländern zugeordnet, dann wieder einem *Kulturkreis*. Völkische Halbwissenschaften sollten aber in einem Bericht des Innenministeriums nichts verloren haben, denn so bleibt das diffuse Trugbild über, Menschen mit dunkler Hautfarbe wären eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit.

Mit diesem Suchtmittelbericht leistet das Innenministerium rassistischen Vorurteilen Vorschub. Dabei hat der Europarat kürzlich ausdrücklich vor der *Ethnisierung* von Verbrechen gewarnt: Im Dritten Bericht der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europarates wird mit Sorge festgestellt, „dass die Presse zu einer gewissen *Ethnisierung* von Verbrechen beigetragen hat, wobei insbesondere Schwarzafrikaner mit dem Drogenhandel und Osteuropäer mit bestimmten Formen des organisierten Verbrechens in Verbindung gebracht werden.“ Der Bericht ist auf der Website des Europarates unter [www.coe.int/ecri](http://www.coe.int/ecri) zu beziehen. -----

## 2. Heilbehandlung für alle!

Kostenlose Heilbehandlung für Asyl Suchende haben die Regierungsparteien im neuen Fremdenrechtspaket versteckt. Von der Öffentlichkeit kaum bemerkt. Wahrscheinlich hat sich der ÖVP-Sicherheitssprecher Günther Kössl verplappert, als er im ORF-Parlamentsmagazin davon gesprochen hat, dass im neuen Fremdenrechtspaket Heilbehandlungen für Asyl Suchende vorgesehen sind. Wellness-Wochenenden in der Steiermark vielleicht? Oder steckt da doch eine ganz besonders abgefeimte Strategie aus der Giftküche des ÖVP-Kommunikationsbeauftragten dahinter? Geht es vielleicht gar darum, die ÖsterreicherInnen gegen AsylwerberInnen aufzubringen? Wir erinnern uns an einen Nationalratspräsidenten, der kurz vor der Nationalratswahl 1999 behauptet hatte, Flüchtlingen werde kostenlos Potenzmittel verschrieben, während ebenso lendenlahme Ungeflüchtete leer ausgingen. Das war ein Aufschrei, alter Schwede!

Also ein Trick: Zunächst Vorteile für Asylwerbende an der Öffentlichkeit vorbei gesetzlich festlegen und dann später über deren Privilegierung schimpfen. Das habt Ihr euch fein ausgedacht, liebe Regierung. Aber nicht mit uns. Wir reagieren fix und smart: SOS Mitmensch fordert hiermit kostenlose Heilbehandlungen für alle. Jawohl. Es gibt ein Menschenrecht auf kostenlose Heilbehandlung. Denn wir lassen uns die ÖsterreicherInnen und die Flüchtlinge nicht auseinander treiben. So ist das.

Moment, was hat das Ganze mit Zwangsernährung zu tun? Wieso spricht Kössel plötzlich von Magensonden und nicht von Rückenmassagen? Von intravenöser Ernährung und nicht von kurativen Packungen? Da sind wir doch glatt den sinnrotierenden Schönsprech-Attaken der Parteilinguisten auf den Leim gegangen. Für Kössl ist Zwangsernährung eine Heilbehandlung. -----

## 3. Lebenslänglich

„Als wir heirateten, haben wir uns gar nicht geliebt. Es ging alles so schnell. Trotzdem, wir haben uns zusammen gelebt. Nicht sehr romantisch, aber die Liebe kam nach 15 Jahren“, sagt Hermann Brandstätter. Die Bundesregierung hat der Scheinehe den Kampf angesagt, und immer mehr BetrügerInnen gehen den Ermittlenden ins Netz: Aloisia Göggeler wurde in einem Landgasthof im Kärntner Rosental überführt: „Sonst hätte ich den Hof verloren“, versuchte sie sich noch zu verteidigen: „Der Manfred ist ein Wurschtl. Aber den Felix hab ich ned kriegt, den ich eigentlich wollen hab. Und damals war des so. Wenn ich keinen Mann g’habt hätt, hätt’ ich den Hof verloren. So hab ich halt den Manfred genommen.“ Doch die Behörden kennen keine Gnade. Barbara Riemer, verheiratet mit Herbert versteht die Welt nicht mehr: „Wir haben uns total auseinandergelebt. Damals waren wir schon verliebt. Aber wir hätten nie geheiratet, wenn wir nicht den Tom gekriegt hätten.“ Jetzt haben die beiden zwei Kinder und bevor sie nicht erwachsen sind, werden sie bis vor den europäischen Gerichtshof gehen: „Ein Trennung können wir den Kindern nicht antun“. Selbst eine Exministerin wäre fast angeklagt worden. Wäre die Tat nicht bereits verjährt gewesen. Um den Publicity-Schaden einzudämmen, ging sie mit einem Exklusiv-Interview in die Offensive. „Ja, ich habe meine erste Ehe annullieren lassen“, gab sie sich reumütig. Es sei nicht so gekommen, wie sie es sich vor der Hochzeit erwartet habe. Die Politikerin wandte sich sogar öffentlich gegen das Gesetz, das ihre Partei beschlossen hatte: „Nicht alle haben das Glück, dass sie den Alois persönlich kennen, der mir das gerichtet hat.“ Den Francesco liebe sie jetzt aber wirklich. Auch Gerwin Hölzl aus Wien wurde erwischt und gestand sofort, nur aus ökonomischen Gründen geheiratet zu haben: „Wir hätten niemals geheiratet, wenn uns nicht das finanzielle Desaster erwartet hätte. Wir könnten uns niemals zwei Autos leisten, da wir dann ja zwei einzelne Wohnungen mieten müssten. Aber wir brauchen die Autos. Irgendwie muss man ja in die Arbeit kommen.“ -----

#### 4. Bock muss weg!

Das gibt's eigentlich gar nicht: Die Frau wird von allen Seiten als *guter Engel* gelobt, mit Preisen überhäuft. Hat soviel Liebe und Charisma, dass sich fast alle österreichischen KünstlerInnen auf ihre Seite schlagen und Geld für sie sammeln. Ihr Engagement scheint so notwendig und selbstlos, dass sich immer wieder junge Menschen finden, die *die Bock* unentgeltlich und arbeitsintensiv unterstützen. Außerdem wird sie eh vom Bundespräsidenten und Bundeskanzler empfangen und als *Grande Dame* der Menschenrechtsszene herumgereicht. Nur: Den Alltag der Frau Bock will niemand sehen. 100e Hilfesuchende wenden sich jeden Tag an die Pensionistin, die zwar nur mehr schlecht laufen kann, aber zum Arztgehen halt keine Zeit hat. Frau Bock sitzt oft bis spät in die Nacht im Keller und ordnet die Meldezettel und Dokumente ihrer Schützlinge. Jetzt muss *Bock* auch noch ausziehen. Wenn es ihre Privatwohnung betreffen würde, hätten wir wohl nie davon erfahren. Aber sie muss ihre größten Flüchtlingsunterkünfte in Wien räumen. Ein Immobilienmakler hatte ihr – um die schwerste Zeit zu überbrücken – mehrere leerstehende Häuser überlassen, jetzt wird umgebaut. Und Bock muss raus. Sie bringt in Wien insgesamt 340 Menschen unter, fängt die auf, die durch das weitmaschige Netz unseres Sozialstaates fallen. Seit mittlerweile sechs Jahren. Ohne jegliche öffentliche Subvention. Jetzt muss Bock weg – und was, bitte schön, sollen wir jetzt tun? Am Besten: Frau Bock geht endlich in Pension! Dann sehen wir auch endlich nicht mehr so viele arme Menschen, denen unbedingt geholfen werden müsste. -----

## Weltflüchtlingstag 2005 damit Flüchtlinge eine Chance haben!

**16.-21.6.05**

Anlässlich des Weltflüchtlingstages findet von 16. 6. bis 21. 6. eine Veranstaltungsreihe statt, mit der wir auf die dramatische Situation von Flüchtlingen aufmerksam machen wollen, von denen viele ohne Unterkunft, finanzielle Unterstützung und Krankenversicherung auskommen müssen.

Der Erlös der Veranstaltungen kommt zur Gänze dem Flüchtlingsprojekt von Frau Bock zugute. Der Verein Ute Bock unterstützt AsylwerberInnen mit Beratung, kostenlosem Bildungsangebot und Unterkünften für mittlerweile 330 Menschen. Mehr unter: [www.fraubock.at](http://www.fraubock.at)

Alle KünstlerInnen treten unentgeltlich auf.

Alle KünstlerInnen treten unentgeltlich auf.

**Donnerstag, 16.6.:**  
Themenabend: Der Umgang mit traumatisierten Flüchtlingen - Strategien der Ohnmacht?  
19.00: Dock - Gassenlokal von SOS-Mitmensch  
1070 Wien, Zollergasse 15

**Montag, 20.6.:**  
Publikumsgespräch: Fremdenpaket - unzustellbar retour  
19.00: Republikanischer Club  
1010 Wien, Rockhgasse 1  
[www.repclub.at](http://www.repclub.at)

**Donnerstag, 16.6.:**  
Josef Hader: „Hader muss weg“  
19.30: Kabarett Niedermair  
1080 Wien, Lenaugasse 1a  
[www.niedermair.at](http://www.niedermair.at)

**Montag, 20.6.:**  
Louie Austen, Cay Tayan, Umberto Gollini, Erdem Tunakan  
24.00: Gartenbaukino  
1010 Wien, Parkring 12  
[www.gartenbaukino.at](http://www.gartenbaukino.at)

**Freitag, 17.6.:**  
Lesung: Vladimir Vertlib, Hamid Sadr, Sama Maani, u.a.  
20.00: Gasthaus Vorstadt  
1160 Wien, Herbststraße 37  
[www.vorstadt.at](http://www.vorstadt.at)

**Dienstag, 21.6.:**  
Martin Lubenov & Nenad Vasilic, Mosa Šišić & The Gipsy Express, Wiener Tschuschenkapelle  
21.00: Porgy & Bess  
1010 Wien, Riemergasse 11  
[www.porgy.at](http://www.porgy.at)

**Samstag, 18.6.:**  
Straßenfest in der Lindengasse / Ecke Neubaugasse  
ab 11.00: Livemusik, Theater, Tanz, StraßenkünstlerInnen, Infostände, Speisen & Getränke

**16.6. - 15.7.:**  
Ausstellung „Frieden und Krieg“  
Fotoprojekt von Jugendlichen - Back On Stage 5 und Luca Faccio. Arbeiten von: Ilhan, Jahangir, Özgür, Sarah, Senat, Suela, Yusuf.  
Büchereien Wien  
Philadelphiabrücke  
1120 Wien, Meidlinger Hauptstr. 73  
Öffnungszeiten: Mo - Fr: 11.00 - 19.00  
[www.buechereien.wien.at](http://www.buechereien.wien.at)

**Samstag, 18.6.:**  
Erstes Wiener Heimorgelorchester, Plexus Solaire, Tyler, Ben Martin & Band  
20.00: Szene Wien  
1110 Wien, Hauffgasse 26  
[www.szenewien.com](http://www.szenewien.com)

Programm-Informationen unter [www.bockaufkultur.at](http://www.bockaufkultur.at)

**Sonntag, 19.6.:**  
Leo Lukas: „Wohin die kleinen Kinder kommen“ Stermann & Grissemann: „Harte Hasen“  
20.00: Orpheum Wien, 1220 Wien, Steigenteschgasse 94b  
[www.orpheum.at](http://www.orpheum.at)



# Andere über SOS Mitmensch

Diesmal die *Laudatio* des Verfassungsrechtlers Prof. Bernd-Christian Funk anlässlich des, von SOS Mitmensch gestifteten, *Ute-Bock-Preises für Zivilcourage* an die Plattform „Gerechtigkeit für Seibane Wague“



→ 15. Juli 2003. Seibane Wague kommt bei einem Polizeieinsatz durch Anwendung körperlicher Gewalt zu Tode. Der Fall wird untersucht. Die Verteilung der Verantwortung bleibt umstritten. Das Fixieren eines Menschen am Boden ist medizinisch immer gefährlich und aus menschenrechtlicher Sicht im Allgemeinen verpönt.

Der *Menschenrechtsbeirat* nimmt das Geschehen zum Anlass, um die menschenrechtlichen, medizinischen, psychologischen und polizeitaktischen Aspekte umfassend zu beleuchten. Die Ergebnisse sind soeben als Studie in der Schriftenreihe des Beirates als *Band 1* veröffentlicht worden. Darin findet sich viel an Kritik und Empfehlungen. Damit ist es nicht getan. Der Beirat wird die Umsetzung seiner Vorschläge überprüfen und weiterverfolgen.

Kein Staat und keine Rechtsordnung können von vorn herein auf die Möglichkeit verzichten, Regeln des Zusammenlebens nötigenfalls mit Zwang durchzusetzen. Als Gegengewichte gelten die Grundsätze der Legalität, der Verhältnismäßigkeit (eingeschlossen das *ultima-ratio-Prinzip*), der Aufklärung, des wirksamen Rechtsschutzes und des Ausgleiches von Schadensfolgen, einschließlich der immateriellen Schäden.

Der Ausgleich der immateriellen Schäden berührt die Schnittstellen von Recht und Moral, von Staat und Gesellschaft, von öffentlicher Macht und Zivilcourage. An eben diesen Schnittstellen operiert die *Plattform Gerechtigkeit für Seibane Wague*, die – repräsentiert durch die PreisträgerInnen – heute mit dem *Ute-Bock-Preis für Zivilcourage* ausgezeichnet wird.

Lassen Sie mich an der *Schnittstelle* verweilen. Sie ist humanitär und soziologisch gesehen ein hoch interessanter Ort. Junge Menschen, die selbst jenen gesellschaftlichen Repressionen ausgesetzt sind, die den Ruf nach Gerechtigkeit ausgelöst haben, haben jenen Mut und jenes Vertrauen gebracht, deren es bedarf, um die Dinge beim Namen zu nennen und den Ursachen zu begegnen.

Wahrheit, Gerechtigkeit und Menschenrechte sind weder teilbar noch kompensabel oder verhandelbar. Schon gar nicht sind sie selbst tragend oder selbst verwirklichend. Es gibt sie nur, wenn sie getan werden. Die *Laudatio*, die mir aufgetragen ist, ist keine Ehrung im akademischen Sinne, keine Würdigung vergangener Leistungen in der Erwartung, dass künftig Ruhe sein möge. Die *Laudatio* ist Dank für mutiges Engagement, sie ist Ansporn und Bitte um weiteres Tun. Die Idee der Menschenrechte hat es seit jeher schwer gehabt, sich gegen Gleichgültigkeit, Machtlogik, Aggression, Angst und Zynismus zu behaupten. Die Negation der Menschenrechte hat viele Gesichter und viele Verkleidungen.

Eine der schlimmsten ist die als Rationalität und Besorgnis getarnte Diffamierung, mit der die Täter-Opfer-Rolle umgedreht wird. Der Philosoph Peter Sloterdijk spricht in diesem Zusammenhang vom „aufgeklärten falschen Bewusstsein“ als einer Fehlentwicklung in der sozio-kulturellen Evolution. Jemand hat scherzhaft die Frage nach dem Unterschied zwischen Kapitalismus und Kommunismus gestellt. Die Antwort: „Im Kapitalismus herrschen Menschen über Menschen, im Kommunismus ist es umgekehrt“. Wir erfahren heute, dass Herrschaft und Unterdrückung keine wirtschaftssystemspezifischen Phänomene sind. Armut fördert Herrschaft und Unterdrückung, Wohlstand hebt sie nicht auf. In dieser Lage bleibt als einzige Chance gesellschaftlicher Kohärenz die Idee der Menschenrechte. Sie kann semantisch in der Formel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ausgedrückt werden: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt. Sie sollen einander in Geschwisterlichkeit beistehen“.

Wir wissen heute, dass die Verwirklichung dieser Idee nicht zu erwarten ist, wenn sie nur oder in der Hauptsache vom Staat und vom Recht und seinen Institutionen und Prozessen erwartet wird. Ohne tätiges Engagement Einzelner und gesellschaftlicher Gruppen bleiben die Anliegen der Menschenrechte hilflos und theoretisch. Damit bin ich wieder bei meiner *Laudatio*: Der Dienst, den Sie als *Eltern* und Angehörige der *Plattform Gerechtigkeit für Seibane Wague* erweisen, ist ein bedeutender. Er soll hier und heute mit der Verleihung eines Preises symbolisch gewürdigt werden, der den Namen einer großen streitbaren Humanistin in unserer Zeit trägt – Ute Bock. Danke im Namen aller, denen die Menschenrechte wichtig sind! -----

Bernd-Christian Funk ist Verfassungsrechtprofessor an der Universität Wien



Spin the Globe! - Award 2005

# Tischlein deck´ dich für die Wiener Tafel.

Menschen, die aus einer guten Idee etwas machen, bewegen die Welt.

Wie Martin Haiderer, der Gewinner des mit 20.000 Euro dotierten Spin the Globe!-Awards 2005.

Eine von Siemens unabhängige Jury\* hat Martin Haiderer als Initiator der Wiener Tafel ausgezeichnet:

Ehrenamtliche MitarbeiterInnen sammeln bei Unternehmen Lebensmittel und verteilen sie an bedürftige Menschen, eine Initiative, die es in vielen Ländern bereits gibt und die nun auch in Österreich für einen gedeckten Tisch sorgt, bei all denen, die es besonders nötig haben ([www.wienertafel.at](http://www.wienertafel.at)).

Vielleicht gewinnt Ihr Projekt im nächsten Jahr: [www.siemens.at/spintheglobe](http://www.siemens.at/spintheglobe)

**SIEMENS**

Global network of innovation

\*Markus Arndt (Physiker), Monika Eigensperger (Programmchefin FM4), Konrad Paul Liessmann (Professor für Philosophie), Dirk Stermann (Kabarettist), Armin Thurnher (Chefredakteur „Falter“) und Gabriele Zuna-Kratky (Geschäftsführerin Technisches Museum Wien)

# Denkbar**Alles**

\* Bildung allen zugänglich zu machen ist ein zentrales Anliegen der Wiener Volkshochschulen. Barrieren, die diesem Ziel entgegenstehen abzubauen und Bildung bedürfnisorientiert und adäquat anzubieten ist daher ein primäres Ziel des Verbandes Wiener Volksbildung und der 18 Wiener Volkshochschulen: Kurse und Vorträge für Menschen mit besonderen Bedürfnissen:

Sozial-ökonomische Projekte  
für Langzeitbeschäftigungslose  
Jugendbeschäftigungsprojekte  
Alphabetisierung  
Zweiter Bildungsweg  
Deutschkurse für MigrantInnen  
u.v.m.

Rechen**künstler**Sportkanone

Kunst**liebhaber**inSprachtalent

Organisations**genie**Computer

**freak**Intelligenz**bestie**Opern

**freund**Karrieret**yp**Schöngeist

[cdc]

Bildungstelefon: (01) 893 00 83

Die Wiener Volkshochschulen - für geistige, berufliche und körperliche Fitness!



Verband Wiener Volksbildung

Ein Herz für's Hirn  
[www.vhs.at](http://www.vhs.at)